

SPIELVERDERBER:
Zivis verweigern Einsatz
beim Nato-Kriegsspiel in
Lindau.

KONTROVERS:
Ist militärische
Verteidigung noch
verantwortbar?

ORIGINALTON:
Die WUB-Mini-Umfrage:
KDV oder W 15 - was
sollte die Kirche raten?

KIRCHENTAG:
Frankfurt - wie lebt sich's
in „Mainhattan“?
Kirche und Südafrika

FILME:
„Abschied von Matjora“
„Martin Niemöller:
Was würde Jesus dazu
sagen?“

THEMA:
UNTERWEGS ZUR
FRIEDENS-
KIRCHE?

Im Blickpunkt:

Die Spielverderber – Zivis
verweigern Einsatz beim NATO-
Kriegsspiel in Lindau 4

Interview:

Kirchenrat Fritz Eitel über
die Chancen von Friedensdienst
und Friedenskirche 7

Preisrätsel 8

ORIGINALTON:

Die WUB-Mini-Umfrage 9

GEDANKEN

Von Wolfgang Langenbach 10

WUB-THEMA:

Unterwegs zur Friedenskirche?
Volkskirche, Friedenskirche.
Von Hermann Barth 11

Im Schatten der Tempel des
Mammon. Von Dirk Römer 13

KONTROVERS:

Ist militärische Friedenssiche-
rung noch verantwortbar? 14

Frieden mit der Sowjetunion
Von Friedrich Goedecking 16

Briefe 19

UNTERWEGS:

Frankfurt.
Von Helwig Cornelius Wegner ... 20

Info 22

Was unser Recht betrifft 23

Filmtips 24

Buchtip 25

Schwarz auf Weiß 26

Wer den Frieden sucht 27

Rüstzeiten 28

Titelphoto: Vollmer/present

IMPRESSUM

WUB (WAS UNS BETRIFFT) ist die Zeitschrift der
evangelischen Zivildienstseelsorge. Im Auftrag der Evan-
gelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der
Kriegsdienstverweigerer (EAK) wird sie
herausgegeben von: Pfarrer Helmut Schlüter (Köln),
Pfarrer Friedhelm Schneider (Speyer), Diakon Theodor
Ziegler (Karlsruhe).

Redaktion: Werner Schulz (verantwortlich), Rosen-
bergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711)628149

Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000
Köln 1, Tel. (0221)322400. Konto: Pfarrer Schlüter,
Sonderkonto WUB, Bank für Kirche und Diakonie, Duis-
burg, (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von
KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Kari-
katuren u.ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in
jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Be-
sprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schall-
platten kann nicht garantiert werden.

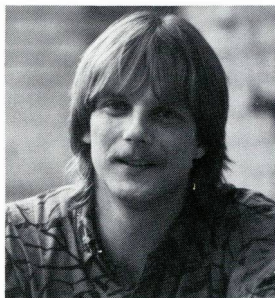
Das Jahresabonnement (z.Zt. 4 Hefte einschl. Versand)
kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit
dem Bestellabschnitt auf der letzten Seite. Bei **Umzug**
bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer
Adresse.

Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv,
Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung
der Redaktion (wird gern erteilt).

Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen
dürfen Kopien für den persönlichen und sonstigen Ge-
brauch hergestellt werden.

Auflage: 12000



Stuttgart, den 30.4.87

Liebe Leser/innen,

man sieht's – es wird bunter in der WUB. Und das nicht
nur durch den Vierfarbdruck auf der Titelseite. Auch
inhaltlich kommen mit dieser Ausgabe neue Farbtupfer
durch neue Themen und neue Rubriken hinzu. Warum?
Diese Weiterentwicklung der WUB hat zwei Gründe:

1. Die alte Aufmachung war vielen einfach nicht
zeitgemäß genug. Und weil es natürlich stimmt, daß Kriti-
sches auch in einem fröhlicheren und moderneren „Out-
fit“ kritisch bleibt, hoffen wir, mit einer etwas breiteren
Farbpalette mehr zu erreichen: mehr Aufmerksamkeit und mehr Leser.

2. Wir wollen also, über den treuen Leserstamm hinaus, neue Leser hinzugewinnen:
durch ein breiteres Angebot, wohl dosiert, bewährt kritisch und für Themen offen, die,
auch wenn sie jenseits von KDV und Zivildienst zu finden sind, nicht wenigen von Euch
auf den Nägeln brennen.

Wir werden weiterhin daran denken, daß die Gewissensentscheidung zur Kriegsdienst-
verweigerung den ganzen Menschen miteinbezieht, also über die bloße Entscheidung
gegen Wehrdienst hinausgeht und mehr ist als nur eine vorübergehende „Phase in der
Biografie“.

Dementsprechend werden wir ganz andere Akzente setzen, als viele Zeitschriften im
Blätterwald, die derartiges entweder gar nicht wahrnehmen, oder manchmal – die
Wahrnehmung vorausgesetzt – diesem Verständnis von KDV gar eher entgegen
wirken.

Nun haben wir also die – unerwartete, aber erfreuliche – Fülle der Leserzuschriften
des vergangenen Jahres sorgfältig ausgewertet und außerdem intensiv herumgefragt:
bei Zivis zuerst, aber auch bei kirchlichen Mitarbeitern, die mit KDVern und Zivis
zusammenkommen, sowie bei Profis in Publizistik und graphischer Gestaltung. Her-
ausgekommen ist – neben den optischen Anpassungen an den Zeitgeist – eine Erwei-
terung des Themenangebots, also neue Rubriken.

Da wäre zunächst die WUB-Mini-Umfrage „ORIGINALTON“. WUB-Leser haben uns
gesagt, sie wollten nicht immer nur das vorfinden, was KDV-Kollegen und mehr oder
weniger Gleichgesinnte denken, sondern es interessiere auch die Meinung der ande-
ren, z. B. die Ansicht ganz normaler Leute von der Straße. (Start der Mini-Umfrage S. 9)
Und, in derselben Richtung: es sollten auch die Argumente und Überzeugungen ande-
rer politischer Richtungen und Denkweisen in WUB zur Sprache kommen, nichts Spon-
tanes also, sondern fundierte Positionen, mit denen man sich auseinandersetzen will/
muß, wenn konstruktive Diskussionen in Gang kommen sollen. Die Premiere der
neuen Spalten „KONTROVERS“ findet auf den Seiten 14-15 statt.

Außerdem neu sind die „GEDANKEN“ auf S. 10. In dieser Rubrik soll über weltanschau-
liche, vor allem biblisch-theologische Fragen nachgedacht werden. Nicht nur promi-
nente Denker oder Profis, sondern auch „Laien“, Zivis ... eben möglichst jeder, der
GEDANKEN seiner Glaubenswelt weitergeben möchte, soll sich hier zu Wort melden
können.

„Auf vielfachen Wunsch“ – ein weiterer Farbtupfer: auch KDVern reisen und auch ZDLs
brauchen Erholungsurlaub. In „UNTERWEGS“ werden wir deshalb über Reiseziele im
In- und Ausland berichten, von ausgetretenen Routen und ungewöhnlichen Reisen
erzählen, Menschen und ihre Lebenswelt vorstellen, Tips und Hintergründe bieten.
Anlässlich des Evang. Kirchentages in diesem Jahr wird für viele Frankfurt/M. ein Reise-
ziel sein. Aus diesem Grund unsere Anmerkungen zu „Mainhattan“ auf den S. 20-21.
Einiges ist also neu, in der WUB vom Mai.

In der Hoffnung, daß die optisch und inhaltlich verbesserte WUB noch mehr Lesern
und Leserinnen noch besser gefällt, für weitere Verbesserungsvorschläge aber nach
wie vor dankbar grüßt herzlich

Euer Werner Schulz

Zitat

Wir danken unseren Soldaten für den Friedensdienst in der Bundeswehr. Auch den Zivildienstleistenden, die so vielen engagiert zur Seite stehen, haben wir zu danken. Die Reform des Zivildienstes und des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen hat die Erwartungen voll erfüllt. (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 18.3.1987)

Nachlese

WUB berichtete ...

... in Nr. 4/86 über 3 Ulmer KDVer, die als Aufbauhelfer in Nicaragua zum Schutz vor der Contra Waffen trugen und deshalb nochmals vor den Prüfungsausschuß mußten. Dort wurde ihre Anerkennung im Okt. 1986 bestätigt. Inzwischen legte der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes jedoch in allen drei Fällen Widerspruch ein. Am 25.3., 30.3. und 1.4. waren die Termine vor der Prüfungskammer. Ergebnis: In einem Fall wurde die Anerkennung abermals bestätigt, bei Joachim Schraivogel und Willy Manz entschied die Kammer dagegen auf Aberkennung. Die Begründung: Es seien Widersprüche in der Argumentation aufgetaucht und es sei bei den beiden keine Wissensnot beim Tragen der Waffen erkennbar gewesen.

Wie Joachim Schraivogel sagte, habe die Kammer in seinem Fall nach 7-stündiger (!) Verhandlung ganze 10 Minuten gebraucht, um zu einer Entscheidung zu kommen. Die beiden Abgelehnten wollen selber beim Verwaltungsgericht gegen die Entscheidung klagen, im Falle des bestätigten KDVer ist es wahrscheinlich, daß dies der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes tut.

... in Nr. 1/87 über das Problem der arbeitsmarktpolitischen Funktion des Zivildienstes und über eine Tagung, die zu diesem Thema in der Evangelischen Akademie Loccum stattfinden soll. Inzwischen steht der Termin fest: 7.-9. September 1987. Titel:

Der Zivildienst im Rückwärtsgang.
Anmeldung an: Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum 2

Seminar: KDV und Zivildienst in Europa

Das erste Seminar auf europäischer Ebene zum Thema „Zivildienst und KDV“ findet vom 20.6.-27.6.1987 in Frankreich in der Nähe von Paris statt. Französische, belgische und westdeutsche Zivildienstleistende werden die Teilnehmer dieser Begegnung sein.

Das Ziel der Tagung ist ein Austausch über KDV-relevante Fragen sowie das Kennenlernen der jeweiligen Zivildienstpraxis.

ZDLs können für diese anerkannte Studienreise Dienstbefreiung erhalten. Veranstalter für die BRD ist das Referat Zivildienst des Diakon. Werkes der evang. Kirche in Deutschland, Stuttgart-Stuttgart, Staffenbergstr. 76, Tel. 0711/2159-419

Anmeldungen an:
Centre La Forge
Défense et Stratégie de Paix
10, rue de Paris
Longpont-sur-Orge
91310 Monthléry
Frankreich
0033/1/69.01.99.81

Stadt Karlsruhe: Patenschaft mit Zivildienstschule und Kriegsschiff.

Die Stadt Karlsruhe strebt eine Patenschaft mit der Zivildienstschule in Karlsruhe an. Die Entscheidung zugunsten der Schule fiel in einer Gemeinderatssitzung mit nur einer Mehrstimme gegen das Votum der CDU-Fraktion. Sozialdemokraten, Grüne und die Karlsruher Liste hatten ihre Anträge mit der Gleichwertigkeit von Zivil- und Wehrdienst begründet, die durch die Patenschaft unterstrichen werden soll. Dieser Forderung schloß sich bei der Stimmenabgabe auch die FDP an.

Die Stadt Karlsruhe unterhält bereits seit 1912 eine fortlaufende Patenschaft mit einer Fregatte der Marine. Der Heimathafen des derzeitigen Bundeswehr-Patenschiffes, der „Karlsruhe“, ist Wilhelmshaven.



Eine Fregatte der Bundeswehr Foto: dpa

Pilgern durch das Fulda-Gap.

Vom 6.7. bis 24.7.1987 findet ein Pilgermarsch durch die schöne Landschaft der Fulda-Senke statt, eine Gegend, „in der der 3. Weltkrieg ausbrechen könnte.“

Dieser Marsch ist ein Teil der International Peace Pilgrimage quer durch Deutschland.

Die Teilnehmer werden wandern, meditieren, singen, Gottesdienste feiern

- an der Grenze zur DDR
- in uralten Kirchen
- vor Kasernen und Depots
- in Dörfern und Städtchen
- inmitten der freien Natur.

Die Initiatoren wollen nicht blockieren und behindern, sondern Zeichen der Hoffnung setzen auf Gerechtigkeit - Frieden - Bewahrung der Schöpfung.

Anmeldung bei:
Klaus Dylla
Rauschenberg 17
6400 Fulda 19
Tel. 06 61/63722

Zahlen

- Um 45% hat die Bundesregierung in den letzten 4 Jahren ihre Ausgaben für die Rüstungsforschung gesteigert. Nach Angaben der IG Metall gab Bonn 1986 knapp 2,7 Milliarden Mark aus, um Zukunftstechniken für die Rüstungsindustrie entwickeln zu lassen. Das sind 20% aller Forschungsgelder, die die Regierung zu vergeben hat.
- Für Truppenübungen bewilligte der Deutsche Bundestag: 1985 - 213,8 Mio. DM, 1986 - 247,0 Mio. DM (+ 15,5%).
- 58963 Anträge auf Anerkennung als KDVer wurden 1986 gestellt. Davon 1636 von Soldaten, 3354 von Reservisten.
- rund 60% aller KDVer sind evangelisch, 20-25% katholisch und der Rest gehört entweder keiner oder einer anderen Konfession an.
- 78816 Zivildienstplätze gab es bundesweit am Stichtag 15.2.1987. ■

SPIELVERDERBER

Die Lindauer Insel

Foto: dpa



Am Aschermittwoch war's nicht vorbei - da fing Wintex-Cimex '87 gerade erst an. Vom 4.-10. März fand die diesjährige NATO-Stabsrahmenübung statt - bundesweit. Aber nur in Lindau am Bodensee sollten auch ZDLs mitüben.

Ein Bericht von
Werner Schulz.

Wenn man auf der B31 am Bodensee entlang von Friedrichshafen in Richtung Lindau fährt, dann verläßt man bei Kreßbronn das Bundesland Baden-Württemberg. Für den Autofahrer gibt es am entscheidenden Punkt am Straßenrand ein gelbes Schild mit den Landeswappen. Ich kann den Übergang aber auch buchstäblich spüren: wenn's unter den Rädern zweimal kurz holpert - dann bin ich in Bayern. Straßenbauer kennen schießlich auch ihre Grenzen.

Wir haben heute den 8. April, und die Angelegenheit, deretwegen ich in den Freistaat reise, könnten längst vergessen sein, wenn es nicht überall „Spielverderber“ geben würde. Die NATO-Stabsrahmenübung Wintex-Cimex, bei der alle zwei Jahre die Zusammenarbeit von militärischen, politischen und zivilen Stellen im Falle einer internationalen Krise, bis hin zum Atomkrieg, geprobt wird, ist seit fast vier Wochen vorbei. Der Krisenstab der Bundesregierung, Staatssekretäre aus acht Ministerien unter der Leitung von Übungskanzler Waldemar Schreckenberger, hat den Regierungsbunker im Ahrtal längst wieder verlassen, und in

Lindau - denke ich mir - gehen Erwachsene zum Spielen mit hohen Einsätzen wieder vornehmlich ins Spielkasino, zu „Roulette, Baccara und Black Jack“, wie eine riesige Werbetafel verkündet.

Was indessen bei der diesjährigen NATO-Übung gespielt wurde, das wird der Öffentlichkeit auch in Lindau nicht verraten. Die ganze Angelegenheit ist „VS“ eingestuft, Verschlusssache, also streng geheim. Man erfährt als Außenstehender noch nicht einmal, nach welchen Regeln die da spielen: Zivil, oder militärisch oder beides?

Genau diese Frage dürfte aber entscheiden, ob es denn rechtens war, was man mit den ZDLs der Lindauer Kreisverwaltungsbehörde vor hatte.

Bereits am 17.6.1986 wurde dort den ZDLs Ralf Schlegel und Ingo Raff vom Zivilschutzbeauftragten des Landratsamtes, Herrn Leis mitgeteilt, sie seien zur Wintex-Übung '87 als Boten (= „Überbringer schriftlicher Mitteilungen“) vorgesehen, Anfang 1987 wurden sie dann dazu auch dienstlich abgeordnet. Nun muß ein ZDL zwar grundsätzlich alle dienstlichen Anweisungen

befolgen, aber mindestens ebenso grundsätzlich darf der Dienst laut Art. 12a (2) GG „in keinem Zusammenhang mit den Streitkräften stehen.“ (zur rechtlichen Lage siehe nebenstehenden Kasten) Einen solchen unzulässigen Zusammenhang sahen die beiden ZDLs aber von Anfang an, und sie haben daher auch rechtzeitig bei ihrer Dienststelle, der Kreisjugendpflege beim LRA Lindau um eine Befreiung von der Übung gebeten.

Für ZDL Ralf Schlegel, den ich in Lindau besuche, ergibt sich der militärische Zusammenhang schon einfach dadurch, daß man die Dinge bei ihrem Namen nennt:

1. Der offizielle Titel heißt NATO-Stabsrahmenübung. Und die NATO, das weiß jeder, ist ein militärisches Kollektivverteidigungsbündnis.

2. Cimex bedeutet Civil-Military-Exercise, zu deutsch: zivil-militärische Übung. Also auch klar.

Und 3. zitiert Ralf in seiner 8-seitigen Begründung für sein Befreiungsgesuch auch noch folgendes:

„Wintex (Winter-Übung, W.S.) ist eine sich auf den gesamten Bündnisbe-

reich erstreckende militärische Rahmenübung mit ziviler Beteiligung. In der grundlegenden Weisung der NATO wird eine hochrangige Beteiligung politischer Gremien und ziviler Behörden im NATO-Hauptquartier und der Bündnisnationen an dieser militärischen Übung ausdrücklich erwünscht.“ (aus: W. Holle, Wintex-Cimex. Die umfassendste Übung der NATO, in Zivilverteidigung Heft 3/82, S. 23. Hervorhebung: W. S.)

Ralf erklärt, daß ihm sein Gewissen auch die indirekte Unterstützung von Kriegshandlungen verbiete und daß er im Kriegsfall – und um den geht es in der Übung – kein anderes Ziel vor Augen haben könnte, als mit all seinen Möglichkeiten „den unverantwortbaren Wahnsinn des Krieges zu beenden“.

Ralfs Argumentation schien seine Dienststelle allerdings nicht sonderlich zu beeindrucken. Man hielt dort noch nicht einmal eine Antwort für nötig (Ralf: „Die haben meine Begründung wahrscheinlich gar nicht gelesen.“) Dienststellenleiter H. blieb also bei seiner wiederholt dargelegten Auffassung, die da lautet: „Da es sich hier aber um eine reine Übung im zivilen Bereich handelt, besteht keine Möglichkeit, Sie von der Teilnahme zu befreien ... aus diesem Anlaß ordnen wir nochmals die Teilnahme an der Übung an.“

Die militärische Komponente wurde auch vom Lindauer Landrat Klaus Henninger in einem Rundfunkinterview energisch bestritten: „Wir haben hier im Landkreis Lindau bei keiner Wintex-Übung irgendwelche militärischen Konstellationen.“

Dagegen umschreibt der Pressesprecher des bayerischen Innenministeriums, Herr Jatzik, das ganze Szenario, ebenfalls in einem Rundfunkinterview, folgendermaßen: „Ausgangslage ist eine von NATO-Gremien frei erfundene außenpolitisch-militärische Krise.“ Früher sagte man dazu einfach: Krieg. Und ein letztes Indiz für den bestrittenen Zusammenhang mit den Streitkräften liefert der Personaleinsatzplan für die Übung Lindau – in der ursprünglich also auch die Namen der ZDLs zu finden waren. Auf Seite 3 steht dort folgendes: Personal anderer Behörden: ... Bundeswehr: 3 Mann.

Wintex-Zivimex?

Was macht ein ZDL, der sich unversehrt als Mitspieler eines NATO-Manövers abgeordnet sieht, als Rädchen im Übungsgetriebe der militärischen Gesamtverteidigung? Einfach mitmachen, „Augen zu und durch“, sicherlich die einfachste Lösung, das kam für Ralf zu keinem Zeitpunkt in Frage. Er wäre, so sagt er, vor sich selbst als KDVer ungläubwürdig geworden.

Ehemalige ZDLs, mit denen Ralf sei-



ZDL Ralf Schlegel mit Tochter Myra

ne Situation bespricht, reagieren skeptisch: „Da ist für dich außer einer Diszi nicht viel drin“, bekam er zu hören. Aber Ralf kann nicht glauben, daß man an seiner Abordnung festhalten will und partout ZDLs bei NATO-Übungen braucht. Er wendet sich an die zuständigen Behörden und auch an die Presse. Ausführlich stellt er in Briefen an seinen Dienststellenleiter (am 11.2. und am 18.2., 8 Seiten!), ans Bundesamt (am 9.2.), an Frau Süßmuth (am 9.2.) und an den Personalratsvorsitzenden im Landratsamt Lindau sein Dilemma dar und verweist ausdrücklich auf seine Anerkennung als KDVer. Er stellt keine Forderungen auf, sondern er bittet um Hilfe, rechtzeitig, freundlich, höflich – aber vergebens. Am 19.2. nämlich wird ihm in der Personalverwaltung mündlich mitgeteilt, daß Landrat Henninger beim Bundesamt ein Disziplinarverfahren gegen ihn beantragt habe. Die ehemaligen Zivis hatten also recht behalten.

Inzwischen war aber auch die Presse auf die Sache aufmerksam geworden. Schlagzeilen wie: „Zivis ins Manöver?“ (taz) oder „Manöver-Affäre zieht weitere Kreise“ (Wochenblatt Lindau) drängen an die Öffentlichkeit. Zahlreiche empörte Leserbriefe waren die Folge. Am selben Tag, an dem Ralf von der Diszi erfuhr, also am 19.2., fand im bayerischen Landtag eine Debatte zu einem Dringlichkeitsantrag der Grünen statt. „Der Landtag wolle beschließen“, hieß es in dem Antrag, daß keine ZDLs bei Wintex-Cimex eingesetzt werden, insbesondere nicht gegen ihren Willen, sondern in der fraglichen Zeit mit anderen Aufgaben betraut werden.

Die Antwort des bayerischen Innenministers August Lang: „In der bayeri-

schen Verwaltung sind keine Zivildienstleistenden eingesetzt. Die Fragen sind deshalb abwegig.“

Da wurde also nicht nur das Problem vom Tisch gewischt, sondern die betroffenen Zivis gleich mit. Nachdem sich aber nun der Innenminister noch am selben Tag vom grünen Abgeordneten Schramm eines Besseren belehren lassen mußte, ging es eigentlich ziemlich schnell. Am Montag nach der Landtagsdebatte, also am 23.2. intervenierte Minister Lang beim Lindauer Landrat Henninger – und die Abordnung der ZDLs wurde mündlich zurückgezogen. Tatsächlich haben die beiden Zivis also während der Wintex-Übung ihren ganz normalen Dienst versehen.

Interessant ist die Begründung, die Landrat Henninger für die Befreiung der Zivis der Lindauer Presse gab: Die ZDLs seien entsprechend einer Empfehlung des Innenministeriums nicht eingesetzt worden, „weil sie nicht überprüft seien.“ (Lindauer Wochenblatt, 12.3.87) Kein Wort davon, daß hier eindeutig gegen geltendes Grundrecht verstoßen wurde. Einen solchen Verstoß stellte aber bereits die Bundesregierung in der Antwort auf eine SPD-Anfrage am 4.3. fest: „die Teilnahme an einer Wintex-Übung gehört nicht zu den Tätigkeiten, die einem anerkannten Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst übertragen werden dürfen.“

Im Klartext: die ZDLs hatten sich also vollkommen zu Recht der Abordnung widersetzt und folglich – nach meinem Geschmack – keine Diszi, sondern eher ein Wort der Entschuldigung verdient.

Stattdessen entwickelt sich gerade um die Diszi ein widersprüchliches Verwirrspiel: Landrat Henninger erklärt nämlich plötzlich im Lindauer Wochenblatt vom 12.3., ein Disziplinarverfahren gäbe es überhaupt nicht. Wie inzwischen WUB aber von der Pressestelle des Bundesamtes erfahren hat, hat die Dienststelle sehr wohl ein Disziplinarverfahren beantragt, und zwar wegen „Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht“. Das Bundesamt hat dieses Verfahren allerdings abgelehnt und das auch der Dienststelle schriftlich mitgeteilt, mit der Bitte, diese Entscheidung den ZDLs mitzuteilen. Bis Redaktionsschluß (7 Wochen nach Beendigung der Wintex-Übung) haben die ZDLs von der Dienststelle dazu kein Wort erfahren.

Wen wundert's, daß die Zivis über das Verhalten der Behörden verärgert sind.

Ralf fühlt sich vom Bundesamt in der ganzen Sache total im Stich gelassen. Er hat von dort auf seine Briefe (der letzte am 19.3.) keine einzige Antwortzeile erhalten.

Ralf versteht nicht, wie der Bundes-

beauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, in einem Gespräch mit der Selbstorganisation der ZDL bereits am 3.3. in Bonn erklären konnte, er selbst habe in der Sache Wintex-Lindau interveniert und verfügt, daß solche Einberufungen einer rechtlichen Grundlage entbehren – und dafür wolle er, so die SO, von den ZDLs auch einmal gelobt werden – während die beiden direkt Betroffenen nicht informiert werden. Seine Freistellung habe nicht Herr Hintze, sondern der bayerische Innenminister bewirkt. Das BMJFFG teilte ihm in einem Brief, datiert vom 6.3.87, abgestempelt in Bonn am 14.3.87, lediglich mit, daß er an der Übung nicht teilnehmen muß. Als er diesen Brief in Händen hält, ist die Übung seit einer Woche vorbei.

Wann übt ihr endlich Frieden?

Ich frage Ralf nach den Konsequenzen, die die ganze Sache für ihn persönlich mitgebracht hat. In der Personalverwaltung, stellt er fest, sei man seither recht kurz zu ihm. „Aber unseren Erfolg müssen die respektieren.“ Er habe gehört, daß der Landrat durchsetzen wolle, im Arbeitsbereich seiner Verwaltung keine ZDLs mehr einzustellen. Diejenigen, die sich zur Zeit bewerben, würden jedenfalls wieder abgewiesen. Am meisten sei man im Amt darüber verärgert gewesen, daß die ZDLs so offensiv an die Presse gegangen sind. Dieser Verärgerung entstammt auch die beantragte Diszi. Aber als sich wohl abzeichnete, daß da nichts zu machen war, hat man es auch noch „versöhnlich“ versucht („Jetzt überlegen wir uns die Sache nochmal – und sie stellen die Interviews ein“).

Insgesamt aber, so Ralf, habe er die Sache als indirekte Vertiefung seiner Entscheidung zur KDVer empfunden. Und über den Zivildienst sei ihm durch die Auseinandersetzung mit der Zivilschutzproblematik auch einiges klar geworden: „Am Anfang war der Zivildienst total o.k. für mich. Heute weiß ich, daß der Zivildienst an militärischen Bedürfnissen orientiert ist. Aber durch all das, was sich aus meiner Wintex-Verweigerung ergeben hat, sehe ich meinen Dienst hier als Friedensdienst.“

Was er denn gemacht hätte, frage ich noch, wenn die Abordnung nicht zurückgezogen worden wäre. „Ich wäre während der Übung in einen Hungerstreik getreten. Ich hätte die Botengänge auf keinen Fall ausgeführt. Ich hätte mich in eine Ecke gesetzt, mit einem Schild um den Hals und der Aufschrift: „Wann übt ihr endlich Frieden?““

„Arbeitsverweigerer“

Die Affäre Lindau hat immerhin soviel bewirkt: wenn zukünftig wieder zu Wintex-Cimex an die Spieltische gerufen wird, dann ist – hoffentlich auch im Freistaat – klar, daß ZDLs diese Runde aussetzen. Ein anderer Kampf wird sich möglicherweise aber auch in den nächsten Jahren parallel zu den Kriegsszenarien der NATO-Übung entwickeln: der Widerstand gegen die Einplanung von KDVer und gleichgesinnten Frauen, die als Arbeiter und Angestellte in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt sind. In Lindau z.B. haben sich neben den beiden Zivis auch zwei Sozialarbeiter (beide anerkannte KDVer) und eine Sozialarbeiterin der Teilnahme aus Gewissensgründen zu widersetzen versucht. Ohne Erfolg – die Sozialarbeiter mußten mitmachen, genau wie schon zwei Jahre zuvor. 1985 hatte der Landrat als Dienstherr den KDVer mitgeteilt: „Kommt der Beamte seiner Dienstleistungspflicht nicht nach und befolgt er nicht entsprechende Weisungen, so können Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst getroffen werden. Arbeitnehmern kann eine Abmahnung und eine Kündigung ausgesprochen werden. Für Arbeitsverweigerer ist kein Platz im öffentlichen Dienst.“ Die Kündigungsdrohung hat der Landrat in diesem Jahr nur mündlich ausgesprochen.

Auch nach Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Dr. Horst Waffenschmidt, müssen KDVer im Staatsdienst zu derartigen Übungen bereit sein: „Das Grundrecht, nicht gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen zu werden, be-

zieht sich allein auf den Wehrdienst.“ (10.8.1985 anlässlich Wintex '85)

Inzwischen blieb den betroffenen Mitarbeitern des Lindauer Landratsamtes nur noch eine Möglichkeit offen: In einer Feststellungsklage, die jetzt beim Amtsgericht Lindau liegt, wollen sie gerichtlich prüfen lassen, ob sie als KDVer zu solchen Übungen – von denen in ihren Arbeitsverträgen nichts steht – auch künftig herangezogen werden können.

Für Fortsetzungsberichte ist also gesorgt.

Einstweilen bleibt für alle Betroffenen – und nicht nur für die – die grundsätzliche Frage offen: wenn schon zu Friedenszeiten das einzelne Gewissen und der Status „anerkannter KDVer“ so wenig gilt – was wohl dann, wenn die „Krisen“ nicht mehr „frei erfunden“ wären?

Was sagen die Gesetze?

Grundgesetz:

Art. 12a [Dienstverpflichtungen]. (1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Wehrdienstes darf die Dauer des Ersatzdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

Zivildienstgesetz:

§ 24 Dauer des Zivildienstes ... (2) Der Zivildienst dauert um ein Drittel länger als der Grundwehrdienst (§5 des Wehrpflichtgesetzes). § 79 Nr. 1 bleibt unberührt.

§ 79 Vorschriften für den Verteidigungsfall. Im Verteidigungsfall gelten die folgenden besonderen Vorschriften:
1. § 4 Abs. 1 Nr. 4 des Wehrpflichtgesetzes findet entsprechende Anwendung.

Wehrpflichtgesetz:

§ 4 Arten des Wehrdienstes. (1) Der auf Grund der Wehrpflicht zu leistende Wehrdienst umfaßt

4. im Verteidigungsfall den unbefristeten Wehrdienst; § 3 Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 3 Inhalt und Dauer der Wehrpflicht

(5) Im Verteidigungsfall endet die Wehrpflicht mit Ablauf des Jahres, in dem der Wehrpflichtige das sechzigste Lebensjahr vollendet.



INTERVIEW

Das Gespräch führte unser Redaktionsmitglied Pfarrer Karl Leonhäuser.

WUB: Herr Eitel, das Thema dieser WUB-Ausgabe heißt „Unterwegs zur Friedenskirche?“. Wie schätzen Sie heute die Kirche ein? Bewegt sie sich Ihrer Meinung nach hin zu einer Friedenskirche?

Eitel: Hoffnungen, die ich vielleicht vor 20 Jahren noch in dieser Richtung hatte, sind eher enttäuscht. Ich wage nicht zu behaupten, die Kirche bewege sich heute auf das Modell einer Friedenskirche hin. Ich habe auch sehr meine Zweifel, ob eine Kirche, die in der Form der Volkskirche lebt, dieses leisten kann.

WUB: Gab es denn bisher einen Beitrag der Kriegsdienstverweigerer in dieser Richtung?

Eitel: Die Kriegsdienstverweigerer sind innerhalb der Kirche nur eine verhältnismäßig schwache Gruppe, und ich denke, daß Friedenskirche, so wie die Strukturen heute aussehen, sich nur in Gruppen innerhalb der Kirche vollziehen kann. Wir haben, glaube ich, die Chance, daß die Kirche solche Gruppen nicht nur toleriert, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch stützt, und darauf sollte gedrängt werden. Kurz gesagt, ich glaube nicht, daß aus einer Volkskirche eine Friedenskirche werden kann. Aber ich glaube, daß die Volkskirche die Chance hat, und auch die Verpflichtung hat, Ansätze zu Friedenskirchen unter ihrem großen Dach zu schützen und zur Wirkung kommen zu lassen.

WUB: Welche Gruppen haben Sie da vor Augen, die innerhalb der Volkskirche friedenskirchliche Momente mitbringen könnten?

Eitel: Ich denke natürlich heute an Gruppen, die sich als kirchliche Gruppen der Friedensbewegung verpflichtet fühlen. Ihre Aufgabe würde ich in erster Linie darin sehen, innerhalb der Kirche dafür zu sorgen, daß hier ein neues Denken Platz greifen kann, ein neues Denken über die Art und Weise, wie Menschen zusammenleben, wie Konflikte anders geregelt werden, als das bei uns üblich ist, wie Verständigung über die Grenzen hinaus möglich ist, und wie insgesamt ein, ich möchte es einmal so nennen, ein „Horizont des Friedens“ das Denken und Handeln in den Gemeinden bestimmen könnte. Ich glaube nicht, daß man das auf einem offiziellen Wege anordnen kann, aber ich meine, daß so etwas unter Menschen, die sich dem Glauben an Jesus Christus verpflichtet fühlen, wachsen kann.

WUB: Sie haben viel von „Neuem Denken“ gesprochen. Könnten Sie denn noch etwas genauer sagen, welches Handeln aus diesem neuen Denken resultieren müßte?

Eitel: Ich würde das charakterisieren als ein Denken, das nicht von Konfrontationen ausgeht, sondern das jeweils in dem, was gedacht wird, die Position des Gegenübers, des Partners, auch des Gegners, mit im Auge hat. Von daher ergibt sich meines Erachtens relativ leicht, was daraus an Handeln entstehen könnte. Ich meine, daß wir da eigentlich nur beim Herrn Jesus in die Schule gehen müßten, bei dem was er in der Bergpredigt gesagt hat und dies nicht als etwas ansehen, was nur unser privates Leben bestimmt, sondern auch als etwas, das die



Foto: W. Schulz

Plädoyer für ein „neues Denken“.

WUB-Gespräch mit Kirchenrat Fritz Eitel über die Chancen von Friedensdienst und Friedenskirche

Kirchenrat Fritz Eitel war von 1959 bis 1965 Vorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) und von 1966 bis zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand, am 30.4.1987, Referent des Kirchenamtes der EKD für Fragen der Kriegsdienstverweigerer und des Zivildienstes.

Die WUB-Redaktion dankt ihm für sein unermüdliches Engagement für die Belange der KDVer sehr herzlich. Die Redaktion wünscht ihm einen gesegneten Ruhestand, in dem er der Entwicklung zur Friedenskirche verbunden bleiben möge.

Strukturen vorgibt für Handeln zwischen Gruppen, bis hin zum Handeln zwischen Völkern.

WUB: Könnte das auch für die Ausgestaltung des Zivildienstes von Bedeutung sein? Die Kirche spricht ja davon, daß die Kriegsdienstverweigerer eigentlich einen Friedensdienst ohne Waffen leisten sollen. Wie also müßte das dann aussehen?

Eitel: Ich sehe zwei mögliche Modelle. Das erste Modell ist das, was strukturell am klarsten ist: Dienste im Bereich der Entwicklungshilfe oder im Bereich der Versöhnungsdienste, wie sie etwa von Aktion Sühnezeichen geleistet werden. Aber diese Dienste können natürlich nur für eine verhältnismäßig kleine Gruppe angeboten werden. Für das Gros bleibt die Frage: Gibt es so etwas wie einen sozialen Friedensdienst, der sich in den sozialen Tätigkeiten, die heute im Zivildienst geleistet werden, verwirklichen läßt. Bei aller Kritik, die man an dieser Stelle anbringen muß im Blick auf das, was heute an Zivildienst geleistet wird, glaube ich, man sollte nicht übersehen, daß die Chance im Zivildienst bleibt, ihn als sozialen Friedensdienst auszugestalten. Wichtige Momente wären für mich, daß der ZDL in seinem Dienst die Möglichkeit hat, nicht nur soziale Leistungen zu erbringen, sondern an den Konflikten teilzuhaben, die in den Bereichen, in denen soziale Leistungen erbracht werden, ja wahrhaftig nicht selten sind, die aber häufig unterdrückt werden. Daß er auf diese Art und Weise nicht nur einer würde, der sozial trainiert ist, sondern der auch in der Lösung von Konflikten trainiert

wird. Einen sozialen Friedensdienst, der im Bereich internationaler Feindstrukturen wirksam sein könnte, kann ich nicht sehen.

WUB: Würde der Friedensdienst, wie ihn also etwa Aktion Sühnezeichen durchführt, in seinem Charakter verändert, wenn der Staat ihn stärker bezuschussen würde? Denn Steuergelder sind ja sonst da für „Friedenssicherung“, warum nicht auch für diese Art der Friedenssicherung?

Eitel: Damit ist die Frage angesprochen, ob Friedensdienst nicht eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat braucht. Ich würde dies generell bejahen, allerdings nicht so weit gehen, daß ich sage, staatliche Gelder in diesem Bereich einzusetzen und anzunehmen ist völlig unmöglich. Ich meine allerdings, daß der Staat, wenn er Friedensdienst mit finanzieren will, auch auf Einflüsse in dem Sinne, daß hier die eigene Außenpolitik oder Wirtschaftspolitik gefördert werden soll, verzichten muß.

WUB: Ist der starke staatliche Einfluß auch schädlich für einen sozialen Friedensdienst innerhalb des Zivildienstes?

Eitel: Ich halte ihn in jedem Fall für bedenklich, aber weil der Zivildienst Ersatz für den Wehrdienst, d. h. für einen staatlichen Pflichtdienst ist, fast für unumgänglich. Es gibt allerdings Momente, durch die der Dienst als staatlicher Pflichtdienst etwas gemildert werden kann. Ich denke in erster Linie daran, daß die Dienststellen und die Dienstleistenden sich sozusagen auf einer freiwilligen Basis verständigen müssen, ob der Betreffende von einer Dienststelle angenommen wird. Ich glaube weiter, daß es innerhalb des Dienstablaufs doch sehr viele Möglichkeiten gibt, Zivildienstleistende an der Art und Weise, wie sie arbeiten, in den Entscheidungen, die da zu treffen sind mit zu beteiligen. Und ich denke schließlich daran, daß es durchaus möglich erscheint, daß die ZDLs Betreuer und Fürsprecher haben, die in auftauchenden Konflikten auf ihrer Seite stehen und das ganze nicht nach dem Modell abläuft: ihr habt zu gehorchen und damit basta.

WUB: Herr Eitel, Sie werden nun am 30. April 1987 als Referent für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienst in den Ruhestand gehen. Können Sie noch einmal rückblickend besonders schöne Erlebnisse aus diesen 27 Jahren schildern?

Eitel: Da könnte ich natürlich jetzt Einzelepisoden erzählen. Das Schönste, so in der Rückschau, war folgendes:

Ich hatte einen Soldaten zu begleiten, der als Kriegsdienstverweigerer einen Antrag gestellt hatte. Es war in Heppenheim im alten Rathaus. Das Rathaus hatte eine große Freitreppe, die Verhandlung war für ihn positiv ausgegangen. Wir kamen runter an die Treppe, machten die Tür auf, da sah er auf der anderen Seite des Marktplatzes einen Freund. Er riß die Hände in die Höhe und schrie über den ganzen Marktplatz: „Ich bin anerkannt!“ und raste auf die andere Seite ohne mir auch nur Auf Wiedersehen zu sagen. Ich glaube, das war das schönste Erlebnis in meiner Zeit, in der ich mich mit Kriegsdienstverweigerern zu beschäftigen hatte.

WUB: Herr Eitel, ich darf Ihnen herzlich für dieses Gespräch danken. ■

Lösung WUB-Rätsel 1/87:
Nicht mehr lernen Krieg zu führen!

Die Hauptgewinner sind:
1. Preis: (Bilderlesebuch) Raimund Heckmann Mörikeweg 9 7909 Dornstadt
2. Preis: (Erich Fried) Walter Sazinger Lehener Str. 30 7800 Freiburg

Die Gewinner der WUB-Freiabos (3.-10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt.
Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Lesen!
Auch allen, die diesmal nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen.
Danke für die zahlreichen netten Zu-Sätze zum Lösungsspruch!

Lösungswort auf Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

Redaktion WUB - Werner Schulz Rosenbergstr. 45 7000 Stuttgart 1 schicken.

Einsendeschluß ist der 1. August 1987 (Poststempel)

Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) diesmal folgende Preise verlost:

1. Preis: Ernest Hemingway: Gesammelte Werke in 10 Bänden (Kassette)

2. Preis: Dieter Hildebrandt: Was bleibt mir übrig

3.-10.: Je ein WUB-Frei-Abo für das erste Jahr nach dem Zivildienst

Lösung

1	2	3			
4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	
15	16	17	18		
19	20	21	22	23	

Was ich noch zu sagen hätte:

© WUB	Flaschenverschluss neue Konzeption der Kriegsverhütung	Abk. für Jugendliche Toilette	1	10	menschliches Wesen (Mz.) Abk. f. Sprengstoffeinheit	Bekleidungsstück Nachbarschaft	Hauptstadt von Leitland Ital.: eins Neckerei	17	Außerung der Ev. Kirche zu wichtigen Fragen
	größter Flächenstaat								Abk. für oder Kfz.-Kz. Karlsruhe
	großes Protestantentreffen	chem. Zeichen für Zinn	Abk. für "laut"	Abk. für Selbstorganisation	Abk. f. Ev. Arbeitsgem. z. Behr. d. Köpfer	Kfz.-Kz. f. Weidshut	Abk. eines amerikanischen Militärsennders	23	menschl. Geschlecht
	Widarsacher von M. Luther Bewahr. eines dt. Bundeslandes (Einzahl)				Kfz.-Kz. der Wehrmacht im 3. Reich	4	Abk. einer Konfession	9	russisch = Offenheit
	hist. Friedenskirche	osteurop. Land					Brennstoff		16
	Zeitmesser						Abk. f. Lucas		
	griech. Vorsilbe für "wort", "gut"						hebräischer Name	20	Anfangsform
	Umatandswort								5
	Kfz.-Kz. f. Traunstein								
	Kfz.-Kz. f. Schiesburg Flensburg	chem. Zeichen f. Natrium	Kfz.-Kz. f. Reutlingen	Drucktechnik	Abk. einer Fußballvereingung	3 Schwäb. Kreisstadt	Kreuzesinschrift		engl.: aus
	Ort der Seligkeit					Kfz.-Kz. f. Emsland	Abk. f. Satellitenfernsehen		
	Dt. Philosoph			Gestein			Abk. f. fasto solo		engl.: "auf"
				Koranabschnitt					
			15	Abk. einer schweizerischen Eisenbahn		Kfz.-Kz. f. Luxemburg	Kfz.-Kz. f. Mindelheim	Zeigewort	14
				Verwalter				Ansichten	
	Abk. einer dt. Fernsehanstalt	franz.: gesehen			18	Kfz.-Kz. der BRD	gefeit		
	niederdt.: "Haft"					kl. Wasserläufe	Verhältniswort		Inneres Organ
	Sinn des Ökierendes Jesu		6			Zahlungsweise			
							Abk. einer Gewerkschaft		
	Abk. f. Regiment			chem. Zeichen f. Actinium		unbestimmter Artikel		Ur-Bewohner Südamerikas	Kfz.-Kz. f. Nienburg
	engl. = Gebrauch			Kraft		Erdeitel			
				Feststellung					
	engl.: inneresensgruppe					Verhältniswort	Kfz.-Kz. f. Spanien	Körpergelenk	22
	Abk. f. "Haus"		19	besitzanzeigendes Fürwort			Kfz.-Kz. f. Aargau	Getreidesorte	
	Landspitze						Gerät zur Körperpflege		
				chem. Z. f. Radon		amerik. Kürzel für Einverständnis	Fürwort	absolute Verneinung	umgangssprachliche Verneinung
	Abk. f. Friedensinitiative				21	Versagen (Mz.)	2		
			13	Abk. f. "id est"		Kurzform f. Amerikaner		langes "i"	
	Frauenname	Nichts					11	Vogelart	12



Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



ORIGINALTON

DIE WUB-MINI-UMFRAGE



Bruno Jaus,
Technischer Leiter

Ich fände es nicht richtig, wenn die Kirche pauschal sagen würde: geh' zur Bundeswehr, oder mach

einen sozialen Dienst. Ich bin zwar persönlich der Ansicht, daß der soziale Dienst besser ist, als der Dienst bei der Bundeswehr. Andererseits ist – leider, möchte ich mal sagen – die Bundeswehr ein Mittel der Abschreckung in der heutigen Weltpolitik, und deshalb sollte man nicht pauschal sagen: „Geh' nicht zur Bundeswehr“. Die Kirche kann sich in dieser Frage vielleicht beratend verhalten, aber nicht unbedingt als steuerndes Element.



Gerd, Glaser

Ich denke, daß die Bibel ganz eindeutig sagt: „Wir kämpfen nicht gegen Fleisch und Blut“ – und damit ist die Frage also beantwortet. Wenn wir

wirklich noch der Bibel glauben, wenn wir glauben, daß das Gottes Wort ist und daß Jesus für unsere Sünden gestorben ist, dann können wir nicht anfangen, andere Leute totzuschießen. Soweit sich also die Kirche noch dessen bewußt ist, daß Christus für uns gestorben ist, sollte sie deutlich sagen, daß ein Christ nicht zur Bundeswehr gehen kann.



Harro Keller,
Cellist

Ich würde meinen, die Kirche soll sagen, man soll den Kriegsdienst verweigern. Weil es nicht

christlich ist, jemanden umzubringen, zum Beispiel. Es würde, meiner Meinung nach, der Kirche bestimmt nicht schaden, wenn sie da eindeutig Position beziehen würde. Im Gegenteil.



Liselotte Stifter,
Haushälterin

Ich würde sagen: prinzipiell muß jeder Mensch selber entsprechend seiner eigenen Einstellung

entscheiden. Ich weiß auch nicht, ob die jungen Leute so unbedingt auf die Kirche hören. Sie haben doch zum großen Teil ihre eigene Meinung. Ich finde, daß manche jungen Männer sehr gut aufgehoben sind, bei der Bundeswehr und daß es für andere wieder sehr, sehr schwierig ist. Das muß der betreffende Mensch selber entscheiden, mit seinem Gewissen abmachen. Aber er sollte meiner Meinung nach die freie Entscheidung haben.

Frage: Wehrdienst oder Kriegsdienstver- weigerung – was soll die Kirche ihren wehr- pflichtigen Gemeinde- mitgliedern raten?

Fotos: Angelika Emmerling



Gerhard Ostertag,
Kirchlicher
Angestellter

Luther hat gesagt, es ist das Allerschlimmste, gegen das Gewissen zu

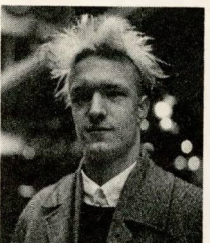
handeln. Wenn jetzt aber das Ganze unter dem Mantel der Kirche stattfinden würde, wenn der Pfarrer von der Kanzel herunter sagen würde: „Du Christ, geh' nicht zum Militär, werde Kriegsdienstverweigerer“ – dann, glaube ich, wäre der Auftrag der Kirche verfehlt. Der Auftrag der Kirche ist nicht, zu sagen – z. B. in Mutlangen – „laßt die Waffen schweigen, wir setzen uns da jetzt hin“, Pfarrer samt Konfirmanden. Das allerwichtigste – ich bin auch evangelischer Christ – ist, daß der Mensch Frieden mit Gott hat. Ich kann keine Transparente tragen, wenn ich den Frieden mit Gott nicht habe, und den gibt mir Jesus Christus, durch Umkehr und Buße tun, wie er sagt.



Hans Ettl,
Rentner

Die Kirche hätte meiner Meinung nach die Aufgabe zu sagen: verweigert als Christen den Kriegs-

dienst. Es läßt sich nicht miteinander vereinbaren, der Soldatenberuf und die Kirche. Die Kirche ist mir sowieso zu politisch. Die Kirche sollte vielmehr in ihren eigenen Reihen Gutes tun, als sich um die Politik kümmern. Auf jeden Fall sollte die Kirche die Kriegsdienstverweigerung befürworten, weil das eher zu dem passen würde, was eigentlich Kirche ist.



Daniel Knies,
Schüler

Ich glaube, die Kirche sollte zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufrufen. Kirche hat für

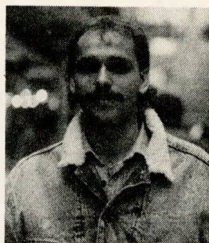
mich so etwas „Friedfertiges“. Und dann die Bereitschaft zur Bundeswehr zu gehen, dort zu lernen, wie man Menschen abschießt, – das paßt nicht zur Kirche. Da sehe ich einen totalen Gegensatz, das paßt irgendwie nicht zusammen.



Frau Reichert,
Grundschullehrerin

Die Kirche als Institution – meine ich – kann sich dazu nicht eindeutig äußern. Der einzelne Pfarrer

schon, oder der einzelne Angestellte. Aber als Institution geht das nicht. Und es wäre auch nicht gut, wenn die Kirche da eindeutig Ratschläge geben würde. Kirche und Staat stehen zueinander in einem Abhängigkeitsverhältnis, und solange das Grundgesetz halt die Bundeswehr vorschreibt, geht es gar nicht anders, als daß die Kirche sich da raushält. Es ist schon ganz gut, daß die Kirche nicht gegen die KDV Stellung bezieht. Aber deutliche Empfehlungen, das geht wirklich nicht.



Rainer Hub,
Kraftfahrzeug-
mechaniker

Die Kirche sollte, wenn es nach mir ginge, auf jeden Fall raten, zu verweigern.

Ich bin selbst Kriegsdienstverweigerer. Ich glaube, daß die Kirche ein deutlicheres Zeichen geben müßte, nicht immer „sowohl – als auch“ sagen, oder „beides ist möglich“, sondern sie sollte den pazifistischen Standpunkt mehr vertreten.



Susanne Markert,
Erzieherin
in Ausbildung

Ich finde, daß die Kirche es auf jeden Fall unterstützen sollte, wenn jemand

verweigern möchte. Die Kirche sollte niemanden, der zum „Bund“ will, zur Kriegsdienstverweigerung überreden. Aber wenn sich jemand dazu entschieden hat, und sich vielleicht nicht traut, dann sollte ihn die Kirche unterstützen. Wenn sich jemand noch nicht sicher ist, dann sollte ihn – wenn er es will – die Kirche beraten, aber nicht beeinflussen, nichts aufdrängen.



Ingrid Biedermann,
kaufmännische
Angestellte

Bei meinen Kindern – ich habe drei Kinder – hätte die Kirche ganz bestimmt

keinen Einfluß. Die machen ihre Entscheidungen mit sich selber ab. Ich glaube, daß ein Pfarrer da schon mit den Kindern und Jugendlichen über diese Frage sprechen sollte. Unser Pfarrer tut das. Er sollte aber nicht in seiner Funktion, quasi als „Erzieher“ Ratschläge geben, sondern nur persönlich.

(Spontane Antworten von Passanten am 2.4.87 in der Stuttgarter Fußgängerzone)

ECCE HOMO!

Sehet, welch ein Mensch! Wenn ich mir die Szene vorstelle, in der dieser Satz zum ersten Mal gesprochen wurde, denke ich, daß es ebenso heißen muß: Ecce homines!

Sehet, welche Menschen!

Schaut Sie euch an, diese Menschen, die Folterknechte und die Spötter, die gleichgültigen Zuschauer und die ängstlichen Freunde, die Frommen und die Gottlosen. Konzentriert auf Golgatha: die zwei Verbrecher zu Jesu Seiten. Der eine ohne Einsicht, bis zuletzt der Gewalt vertrauend und auf sie hoffend. Dem andern gehen in der Begegnung mit Jesus die Augen auf und er vertraut sich der vergebenden Gnade des Gekreuzigten an. So unterschiedlich kann die Reaktion auf Jesus sich gestalten. Wer sich mit diesem Jesus beschäftigt, wird immer beide Gruppen bedenken müssen.

Sehet, welch ein Mensch!

Der Gefoltete geht ans Kreuz, um dort zu beenden, was in der Krippe begann. Als hilfloses Kind, auf der Flucht nach Ägypten. Um die Kinder im besonderen Welt. Seinetwegen aber ist zugleich Kindergesicht ein Zeichen der weis darauf, daß Gott zu uns kommt vorne anfängt. Er verzichtet begeben zu können. Er liebt und genießt die guten Gaben Hochzeit zu Kana. Seine Feinde ser und Weinsäufer. Aber er genießt ein Mittel, Gemeinschaft zu meinschaft als Anlaß zur Freude. Und



bald darauf mit den Eltern seinetwillen ist uns die Sorge für aufgetragen, überall in der jedes Leuchten und Lächeln in einem Weihnachtsbotschaft, ein Hin- und mit uns ganz klein, ganz von auf seine Macht, um uns Sehet, welch ein Mensch! dieser Schöpfung. Ich denke an die nennen ihn deshalb einen Fres- nicht allein. Lebensfreude ist für ihn stiften. Und er schenkt Ge- aus solcher Freude heraus werden

Menschen fähig, sich und ihre Verhältnisse zu verändern wie seinerzeit der Oberzöllner Zachäus. Das gemeinsame festliche Mahl am Vorabend der Gefangennahme und Hinrichtung wird schließlich zum fundamentalen Zeichen der Gemeinschaft mit ihm.

Sehet, welch ein Mensch!

Seine Zuwendung zum Nächsten ist bedingungslos. Weil jeder Geschöpf Gottes und dessen Kind. Ziel ist die gelingende Gemeinschaft aller Geschöpfe untereinander und mit dem Vater. Im unzerbrechlichen Vertrauen auf ihn wagt Jesus die Ohnmacht der Liebe. Lieber leiden, als Leid zufügen. So wird er zum Bruder und Gefährten aller Hilflosen, Entrechteten, Leidenden und Sterbenden. In Zukunft wird es keinen Ort mehr geben, wo nicht über die Verbindung mit dem Gekreuzigten die Gemeinschaft mit Gott selbst erfahren werden kann, wie aussichtslos auch die Umstände erscheinen mögen.

Sehet, welch ein Mensch!

Die Nachricht vom gefolteten und gekreuzigten Jesus aus Nazareth ist nicht das letzte Wort. Vielen erging es ebenso wie ihm. Sie sind unbekannt geworden. Aber sein Leben und Sterben erweisen ihre Kraft über das Kreuz hinaus. In den Osterereignissen wurde deutlich: dieser Mensch ist der von Gott gewollte Mensch. Ihm gehört die Zukunft in Gottes Schöpfung. Im Vertrauen auf ihn und in Verbindung mit ihm werden Menschen zu Kindern Gottes, die auf dem Weg sind, die Welt neu zu gestalten. Allen Widerständen zum Trotz. Das Kreuz bleibt Zeichen ihres gemeinsamen Weges. Ziel aber ist das Reich.

Sehet, welch ein Mensch!

Ein Wort voll ärgerlichen Erstaunens und zugleich bestimmt von heimlicher Sehnsucht. Ich schreibe diese Zeilen, nachdem ich einen Freund besucht habe, den ich leider nur sehr selten sehen kann. Die Begegnungen mit ihm sind deshalb immer zugleich bestimmt von großer Freude und dem wehmütigen Schmerz des baldigen Abschieds. Aber trotz dieses Schmerzes ist nach jedem Abschied die Sehnsucht übermächtig nach dem nächsten Mal der Begegnung. Und solche Sehnsucht weckt zugleich auch immer wieder neue Zuversicht:

Sehet, welch ein Mensch!

Wolfgang Langenbach, Nürnberg

THEMA

UNTERWEGS ZUR FRIEDENSKIRCHE?



VOLKSKIRCHE, FRIEDENSKIRCHE?

Es liegt nur zu nahe, aus der Überschrift die mit kritischem Unterton gestellte Frage herauszuhören: Kann eine Volkskirche eine wirkliche Friedenskirche sein? Die Antwort steht für viele fest: Volkskirche kann Friedenskirche nicht sein; die evangelischen Landeskirchen und die EKD lassen es an deutlichen, eindeutigen Zeichen ihres Eintretens für eine Friedenspolitik im Geiste der Bergpredigt fehlen. Bei einer landeskirchlichen Veranstaltung für Vertreter von Friedensgruppen wurde mir kürzlich entgegengehalten: Die Kirchenleitungen sind bei uns viel zu feige, das System der Abschreckung zu verurteilen und den teuflischen Charakter der modernen Waffen beim Namen zu nennen; sie wollen es allen recht machen und niemandem auf die Zehen treten. Ich teile diese Sicht nicht und bin der Auffassung, daß das Verhältnis der beiden als „Volkskirche“ und „Friedenskirche“ bezeichneten Größen erst auf der Grundlage unverstellter Wahrnehmungen und sorgfältiger Unterscheidungen bestimmt werden kann.

THEMA

UNTERWEGS ZUR FRIEDENSKIRCHE?

Wo ist der

Unterschied?

In meiner Zeit als Gemeindepfarrer wandte ich viel Mühe auf, Beziehungen zu einer englischen Partnergemeinde, der United Reformed Church, zu entwickeln. Die United Reformed Church ist eine der charakteristischen englischen Freikirchen und darin ein Gegenteil zur volksskirchlichen Struktur unserer Landeskirchen. Der Aufbau der Partnerschaft lag mir deshalb am Herzen, weil ich meiner volksskirchlichen Gemeinde das Lernfeld einer Freiwilligkeitskirche erschließen wollte. In den Fragen der Friedensverantwortung und Friedensarbeit freilich konnte ich keine auffallenden Unterschiede zwischen den beiden Gemeinden entdecken. Die friedensethischen Positionen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR finden in der christlichen Friedensbewegung hierzulande große Anerkennung; nicht selten wird gegenüber der EKD und ihren Gliedkirchen angemahnt, daß sie endlich auch zu der vorbehaltlosen „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ finden müßten. Die evangelischen Landeskirchen in der DDR sind allerdings – trotz der unübersehbaren Besonderheiten – Volkskirche und wollen es auch sein. Aus den beiden beschriebenen Konstellationen läßt sich nur der Schluß ziehen: Ob eine Kirche volksskirchlichen Charakter hat, ist für die Art und Weise, wie sie ihre Friedensverantwortung wahrnimmt, jedenfalls nicht der ausschlaggebende Faktor.

„Wahrheit geht vor

Einheit.“

Viel hängt natürlich daran, wie man die Begriffe „Volkskirche“ und „Friedenskirche“ definiert. Was macht eine Kirche zur Volkskirche? Wodurch zeichnet sich eine Friedenskirche aus? „Volkskirche“ ist ein undeutlicher, vielfach gefühlsmäßig besetzter und belasteter, übrigens auch kaum übersetzbarer Begriff. Kirche des Volkes, Kirche für das Volk, Kirche im Volk – alle diese Schattierungen spielen herein. Die französischen Protestanten übersetzen „Volkskirche“ mit „l'église de multitude“: Kirche der großen Zahl. Diese Begriffsbestimmung ist schlicht und unbelastet von Theorieballast; sie mag hier genügen. In ihr deuten sich die besonderen (und unleugbaren!) Probleme einer Volkskirche durchaus an: Wo die Kirche eine große Zahl umfaßt, wächst die Vielfalt im Inneren, und entsprechend stellen sich Konflikte um die Wahrheit

ein. Die Versuchung, die unterschiedlichen Richtungen um jeden Preis beisammenzuhalten, ist groß. Aber klar ist: Wahrheit geht vor Einheit; was als wahr erkannt ist, kann nicht um der Erhaltung der bestehenden kirchlichen Verhältnisse willen zurückgestellt oder verleugnet werden. Auch der Begriff „Friedenskirche“ ist vielschichtig: Eine Kirche, die Friedenskirche sein will, wird es sich zur Hauptaufgabe machen müssen, den von Gott geschenkten Frieden als Zuspruch und Anspruch zu verkündigen; sie wird nicht müde werden dürfen, für den Frieden zu beten: für die Wahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens, für die Menschen, die in einer besonderen politischen Verantwortung stehen, für alle, die im Kampf für Gerechtigkeit, Kriegsverhütung und Wohlergehen der Schöpfung engagiert sind. Kirchliche Gemeinschaften wie die Quäker, eine der sogenannten „historischen Friedenskirchen“, lassen beim Begriff „Friedenskirche“ auch (!) an eine pazifistische Grundentscheidung denken. Kann eine Volkskirche wie die EKD und ihre Gliedkirchen unter den gegenwärtig gegebenen Umständen auf die Linie der historischen „Friedenskirchen“ einschwenken? Ist es vorstellbar, daß sie offiziell und förmlich zur Kriegsdienstverweigerung rät?



Ökumenischer Gottesdienst bei Wackersdorf Foto: M. Storz

Der Glaube an Gott und die Konsequenzen für das politische Handeln.

Einen solchen Weg wird unsere Kirche nach meiner Einschätzung für die absehbare Zeit nicht einschlagen (was aber an meiner mangelnden Vorstellungskraft liegen kann). Die in unserer Kirche vertretenen friedensethischen Positionen weisen große Gemeinsamkeiten auf; aber bei einer Reihe von konkreten Entscheidungen – wie z. B. vor Jahren bei der Nachrüstungsdebatte – gehen die Folgerungen weit auseinander, und diese Spannungen scheinen derzeit nicht auflösbar. Wir sind uns in unserer Kirche einig, daß der Glaube an Gott als den „Liebhaber des Lebens“

Konsequenzen hat auch für unser politisches Handeln. Diese Konsequenzen sind nicht beliebig – als sei in unserer Kirche, wie es manchmal kritisch heißt, jede politische Position möglich, als könne es in ihr keine legitim verbindlichen Inhalte politischen Handelns und Redens mehr geben. Die „heilige Gabe des Lebens“ zu bewahren gehört nicht nur zu den Forderungen menschlicher Vernunft, sondern ist eine Verpflichtung aus unserem Glauben. Die Friedens-Denkschrift von 1981 und das Wort des Rates der EKD im Herbst 1983 haben beschrieben, was sich daraus für die 'Wahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens' ergibt. Im Frühjahr 1986 haben die EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in ihrer Erklärung „Hoffnung auf Frieden“ gemeinsam festgestellt: „Kriege dürfen nicht mehr geführt werden. Kriege sind kein Mittel politischer Konfliktlösungen mehr.“ Innerhalb der so abgesteckten Grenzen bleibt freilich in unserer Kirche ein Spielraum für unterschiedliche politische Einschätzungen und Optionen. Die Studie „Christsein gestalten“ aus dem Kirchenamt der EKD sieht in solchem Pluralismus ein unveräußerliches Kennzeichen der Volkskirche: „Ernsthaftes Christsein oder entschiedene Nachfolge sind zwar unaufgebbare Leitvorstellungen. Aber sie können weder überprüft noch auf bestimmte Ausgestaltungen festgelegt werden. Die Indizien für das, was als ernsthaft oder entschieden zu gelten habe, bleiben standortgebunden – Gott allein sieht das Herz an ... Wenn aber keiner über die Wahrheit verfügt, ist damit zu rechnen, daß jeder nur ein Stück von ihr vertritt. Es geht dann nicht so sehr um Bestreitung von Unwahrheit als ... um die Versöhnung von Wahrheitselementen, wie sie unterschiedliche Menschen in verschiedenen Lebenszusammenhängen entdecken und vertreten. Auch die Fragen des Glaubens werden dann zu einer Verständigungsfrage ... Für diese Form der Kommunikation des Evangeliums als Verständigung über unser Leben im Lichte der Botschaft von Jesus Christus als der einen Wahrheit, auf die wir gemeinsam ausgerichtet sind, ist der Begriff 'konziliare Gemeinschaft' in Gebrauch gekommen. Konziliarität ist die gemeinsame Bemühung um die übergreifende Wahrheit, die wir nur stückweise wie in einem Spiegel erkennen, aber am Ende von Angesicht schauen sollen. Als konziliare Gemeinschaft weiß sich die Kirche unterwegs zu erweiterter und vertiefter Erkenntnis der Wahrheit. Sie läßt sich bestimmen von einer Haltung des Respektes gegenüber der Unverfügbarkeit des Geistes Gottes, der auf vielfältige Weise wirksam ist, wo und wie es Gott gefällt. Unterschiedliche Ausprägungen des Glaubens werden so aufeinander bezogen und bleiben miteinander unterwegs.“ (Gütersloh 1986, S. 46f; weiter s. 70. 80-82. 120 f).

Fortsetzung auf Seite 18

THEMA

UNTERWEGS ZUR FRIEDENSKIRCHE?

Im Schatten der Tempel des Mammon - Kirchentag gegen Apartheid -

Von Dirk Römer, Worms

„Wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz“ wurden sie zu Freiheitsstrafen zwischen 15 Monaten und 24 Monaten verurteilt. Doch zum Erstaunen der Öffentlichkeit billigte ihnen das Düsseldorf Landgericht in seinem Urteil vom 30. Mai 1986 Bewährung zu.



Es waren Manager der Firma Rheinmetall, die neben illegalen Waffengeschäften mit Saudi-Arabien und Argentinien, Mitte der siebziger Jahre eine Munitionsabfüllanlage über Paraguay nach Südafrika geliefert hatten. Die Chancen, als Waffenhändler und Produzenten weiter zu machen wie vorher, gewährten ihnen die Richter, weil die staatliche „Kontrolle - wenn überhaupt - halbherzig und eben für die Wirtschaft erfolgte“.

Daß die Milde unseres Staates gegenüber einer verschleierte, oder mit einem zgedrückten Auge geförderten militärischen Ausrüstung des Apartheid-Regimes in Südafrika und Namibia kein Einzelfall ist, belegen die um die Jahreswende 1986/87 aufgedeckten Lieferungen von Konstruktionsplänen für U-Boote. Verkäufer war die im Besitz des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes befindliche Howaldswerke Deutsche Werft AG (HDW). Die Freiburger Firma LITEF steuerte Navigationssysteme bei.

Das Apartheid-Regime rüstet auf - deutsche Firmen und Banken helfen mit.

Auf dem Fahrgestell des Mercedes-Unimog U 416 preschen minensichere „Hippos“ durch die afrikanischen Vorstadtghettos von Johannesburg, und Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) - Hubschrauber stürzen sich auf aufge-

brachte Demonstranten, die den Tod oder die Gefangennahme ihrer Kinder beklagen. 178 000 Soldaten der South African Defence Force (SADF) und 77 000 Polizisten halten mehr als 80 Prozent der ca. 31 Millionen Menschen umfassenden südafrikanischen Bevölkerung in Schach und verweigern ihnen die allgemeinen Staatsbürgerrechte. Die Militarisierung in Südafrika, die auch dazu dient, die Nachbarstaaten durch staatsterroristische Überfälle zu destabilisieren, schreitet in riesigen Schritten fort: betrug der Militäraushalt 1984/85 schon 3,7 Mrd. Rand, so steigerte er sich 1986/87 auf 5,1 Mrd. Rand.

SADF-Generalität und Polizeioffiziere des Unrechtssystems können die spätestens seit 1960 (Massaker friedlicher Demonstranten in Sharpeville) aufbegehrende afrikanische Mehrheit nur noch unterdrücken, weil ausländisches 'Know how' und halbfertige Waffenprodukte, trotz des ersten UNO-Embargos von 1963, den Aufbau einer eigenen südafrikanischen Rüstungsindustrie kräftig unterstützen. Seit 1980 kommt mindestens ein Viertel dieser Technologie-Einfuhren aus der Bundesrepublik. Finanziert werden die Importe nicht selten durch westliche Bank-Konsortien, häufig gepolstert durch bundesrepublikanisches Kapital. So waren von 1982 an 48 bundesdeutsche Banken an Anleihen an den südafrikanischen Staat, dortige Unternehmen und Banken beteiligt. Allein im ersten Halbjahr 1985 betrug der Gesamtwert über 2 Mrd. DM. Zu den 20 international führenden Kreditgebern gehören: Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank-Girozentrale, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, sowie die Bayerische Landesbank-Girozentrale.

Seit Südafrika im September 1985 seine Rückzahlungs-Unfähigkeit erklärte, greifen vor allem bundesdeutsche Banken dem Apartheid-Regime durch Zahlungsaufschub und günstige Rückzahlungsbedingungen unter die

Arme. Zuletzt am 24. März 1987, als die Vertreter von 34 Großbanken sich überraschend mit der Regierung in Südafrika einigten, die 23 Milliarden Dollar Außenstände des Landes umzuschulden, ohne eine einzige politische Forderung zu stellen, wie Südafrikas Finanzminister Barend du Plessis vor der Presse genüßlich feststellt. An dem flotten Arrangement waren Deutsche Bank, Dresdner Bank und die Bayerische Vereinsbank stimmführend beteiligt.

Kirchen und Christen als Komplizen des Unrechtsregimes?

Die bundesdeutschen Banken arbeiten mit dem Geld ihrer Kunden. Zu diesen gehören auch die EKD, Landeskirchen, Gemeinden und Kirchenkreise, kirchliche und diakonische Einrichtungen und bislang der Deutsche Ev. Kirchentag. Solange Christen und Kirchen sich nicht in der Lage sehen, ihre Geschäftsverbindungen zu Banken, die am Geschäft mit der Apartheid verdienen, abzubrechen, sind sie faktisch Komplizen des Unrechtssystems in Südafrika und Namibia.

Deshalb bildete sich im Vorfeld des diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) in Frankfurt die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“, die von den meisten Gruppen aus dem Bereich „Gerechtigkeit und Frieden - Schritte zum Konzil“ getragen wird. Ihr erstes Ziel war es, den Kirchentag bei seinen eigenen Worten zu nehmen und die Forderung der ökumenischen Bewegung in der Bundesrepublik voranzubringen, Geschäftsbeziehungen mit Banken abzubrechen, die den Apartheid-Staat finanziell unterstützen.

Das Präsidium des DEKT tat sich anfangs schwer, den Anti-Apartheid-Resolutionen früherer Kirchentage im eigenen Verantwortungsbereich Taten folgen zu lassen. Aber nach dem desillusionierenden Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bank am 19. Januar 1987 rang sich das Präsidium in

Fortsetzung auf Seite 18



Nationale Demonstration gegen Apartheid und Rassismus in Südafrika Foto: M. Storz

MILITÄRISCHE ABSCHRECKUNG – noch notwendig oder nicht mehr verantwortbar?

Die Bundeswehr und das Konzept der militärischen Verteidigung – ist das heute noch notwendig, noch verantwortbar?

An dieser Frage scheiden sich ja bekanntlich sehr schnell die Geister, in der Familie, am Arbeitsplatz, unter Freunden. Auch bei KDVeren herrscht da nicht immer ganz klar nur die eine Meinung. Und in der großen Gemeinde unserer christlichen Volkskirche schon gar nicht.

WUB hat zwei evangelische Christen um eine Stellungnahme zu dieser Frage gebeten. Ihre persönlichen Antworten können stellvertretend für zwei gegensätzliche Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche stehen. Der eine ist Eberhard Stammier, Chefredakteur i. R. (evangelische Kommentare) und Mitglied des „Arbeitskreises Sicherung des Friedens“. Nach seiner Überzeugung ist zur Friedenssicherung auch heute noch militärische Abschreckung notwendig. Der andere ist Pfarrer Karl Leonhäuser, Beauftragter für KDVeren und ZDL der Landeskirche Kurhessen-Waldeck. Er hält die Friedenssicherung auf militärischem Wege heute nicht mehr für verantwortbar.

Hier also in der Gegenüberstellung die beiden thesenartig formulierten Positionen:

Warum ich militärische Friedenssicherung heute noch für notwendig halte.

1. Frieden im internationalen Bereich zu sichern und herzustellen, ist die Aufgabe (und die Kunst) der Politik.
2. Der Frieden wird dadurch gefährdet, daß sich Staaten in einem permanenten Konkurrenzkampf um die Macht befinden und daß dabei im Prinzip immer noch das Recht des Stärkeren gilt.
3. Diese Machtpotentiale setzen sich aus verschiedenen Faktoren zusammen; dazu gehört die Wirtschaft, die Bevölkerungszahl, die geographische Situation, die Ideologie, aber auch das militärische Instrument.
4. Da es zwischen rivalisierenden Staaten – im Unterschied zum Rechtsstaat – keine übergeordnete Instanz mit Sanktionsgewalt gibt, beruht im Konkurrenzkampf der Staaten der Frieden vor allem auf einem angemessenen Gleichgewicht, auf der balance of power.
5. Um die jeweilige Gegenseite daran zu hindern, mit ihrem Machtpotential in die andere Seite einzugreifen, ist das Mittel einer angemessenen Abschreckung erforderlich.
6. Unter dieser Zielsetzung ist es die einzige Aufgabe der Bundeswehr, die Freiheit des eigenen Territoriums zu verteidigen und einen Krieg zu verhindern.
7. Während die atomare Abschreckung bisher auf europäischem Boden vor allem dazu beitrug, daß es zu keinem militärischen Konflikt kam, ist andererseits mit Entschiedenheit eine Politik zu verfolgen, die dem Rüstungswahnsinn Einhalt gebietet und einen gegenseitigen Abbau der Massenvernichtungsmittel zum Ziel hat.
8. Eine solche Politik des Friedens setzt einen Prozeß der Verständigung voraus, der die jeweiligen Interessen und Ängste der anderen Seite ernst nimmt und der zu der Erkenntnis führt, daß der Friede nur durch eine gemeinsame Verantwortung der Machtblöcke gewährleistet werden kann.
9. Frieden bedeutet mehr als Nicht-Krieg. Darum verlangt er einen dauernden Prozeß des Verhandels, der trotz der Gegensätze der Systeme ein konstruktives und verständnisvolles Zusammenleben ermöglicht.
10. Dem Christen kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, an dem Prozeß der Verständigung und Versöhnung maßgeblich mitzuwirken, Feindbilder abzubauen und durch den Frieden in der Kirche der Welt ein glaubwürdiges Beispiel zu geben.

Eberhard Stammier





ROVERS

Warum ich die militärische Friedenssicherung und Verteidigung heute nicht mehr für verantwortlich halte.

1. Militärische Friedenssicherung beruht auf der Abschreckung, die eine Vertrauensbildung verhindert.

Die Abschreckung sieht nur das Schlechte beim anderen und nimmt den schlimmsten Fall (worst case) an. „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge.“ (Matth. 7,3)

2. Militärische Abschreckung erzeugt ein unmenschliches Maß an Angst.

Sie droht mit der Vernichtung von Teilen der Erde bzw. der ganzen Erde. Diese wahnsinnige Vernichtungsdrohung schwebt über der Existenz aller Menschen.

3. Die Abschreckungsstrategie ist eine Hauptursache für den Rüstungswettlauf.

Die Abschreckung will bei einem möglichen Angriff noch soviel Militärpotential übrig behalten, so daß auch der Angreifer noch vernichtet werden kann (Zweitschlagfähigkeit – gegenseitige Vernichtung). Dabei werden immer wieder Bereiche entdeckt, in denen „nachgerüstet“ werden muß.

4. Der Rüstungswettlauf verschlingt immer mehr Geld und Ressourcen auf Kosten des sozialen Bereichs.

Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Wer es für die Rüstung ausgibt, kann es beispielsweise nicht für das Gesundheitswesen, Bildungswesen, Arbeitsbeschaffung oder Behinderteneinrichtungen ausgeben.

5. Außerdem erhöht der Rüstungswettlauf die Kriegsgefahr.

Ohne Rüstung wird niemand einen Krieg beginnen oder sich daran beteiligen. Doch wer hochgerüstet ist, greift im Konfliktfall leichter zur Waffe. Außerdem können Waffen durch technisches und menschliches Versagen zum Einsatz kommen.

6. Militär verschärft die Notsituation in der sogenannten 3. Welt, womit eine weitere Kriegsursache wächst.

Krieg ist auch eine Folge weltweiter sozialer Ungerechtigkeit. Frieden kann nur eine Frucht der Gerechtigkeit sein. Waffenexporte in die 3. Welt töten schon im „Frieden“ (Nicht-Krieg).

7. Kommt es zum „Verteidigungsfall“, dann wird durch die Verteidigung das vernichtet und zerstört, was verteidigt werden soll.

Krieg mit „modernen Waffen“ (Massenvernichtungsmitteln) kann nicht mehr verteidigen, sondern nur vernichten; so gibt es etwa auf dem Gebiet der BRD Kurzstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen, die auf dem eigenen Gebiet zur Explosion kommen sollen.

8. Der moderne Krieg entwickelt sich zum totalen Krieg. Es gibt keine Trennung mehr zwischen dem zivilen und militärischen Bereich.

Ein Krieg als anderes Mittel der Politik wollte früher die Zivilbevölkerung schonen. Die Beispiele aus unserem Jahrhundert (2. Weltkrieg, Vietnamkrieg, Afghanistan, Golfkrieg, Libanon u. a.) zeigen, daß besonders die Zivilbevölkerung vom Krieg betroffen ist.

9. Frieden kann heute nicht mehr gegeneinander gesichert werden, sondern nur miteinander.

Durch die Waffentechnik kann sich niemand mehr wirksam vor dem anderen schützen. Wer in Frieden leben will, muß Frieden mit seinem Nachbarn suchen. Der Frieden des Nachbarn muß auch eigenes Anliegen sein. Nur die Sicherheit beider (gemeinsame Sicherheit) kann den Frieden bewahren.

10. Für Christen ist jeder Mensch ein Geschöpf Gottes, der von Gott sein Lebensrecht hat. Nicht ein Land ist wichtig, sondern der Mensch.

Militärische Friedenssicherung kalkuliert den Tod unzähliger Menschen ein. Gekämpft wird für ein Land und eine Idee (Demokratie, Freiheit u. a.). Doch Menschenleben sind wichtiger; Land und Werte können nur mit Mitteln verteidigt werden, die diese Werte auch beachten.

11. Jesus hat seine Anhänger zur Feindesliebe aufgefordert, die angesichts der atomaren Bedrohung das einzig Vernünftige ist.

Feindesliebe gehört zu den besonderen Inhalten des christlichen Glaubens. In der Liebe soll die Feindschaft überwunden werden. Dieser Weg ist kein einfaches Rezept, sondern ein Weg der auch Leiden und Kreuz beinhalten kann.

Karl Leonhäuser

„Verdrängen hält die Erlösung auf, sich Erinnern bringt sie näher“

Gedanken zum Thema

„Frieden mit der Sowjetunion“

Von Dr. Friedrich Goedekeing,
Pforzheim-Hohenwart.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist nicht gewillt, sich mit dem Thema „Frieden und Aussöhnung mit der Sowjetunion“ auseinanderzusetzen. Über 54% der Bevölkerung der Bundesrepublik vertreten nach einer Umfrage die Ansicht: Es muß endlich einmal Schluß damit sein, daß ständig von

„Kein Volk hat im Zweiten Weltkrieg so viele Tote zu beklagen gehabt, wie die Sowjetunion.“

Ich selber war 6 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Von den Erwachsenen habe ich als Kind viele Geschichten über die entsetzliche Not der Vertriebenen und der Kriegsgefangenen gehört. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, daß ich als Kind und als Heranwachsender von der Generation meiner Väter einmal erzählt bekam, welche Greuelthaten im Namen des deutschen Volkes an Bürgern der Sowjetunion ausgeübt wurden. Das Ausmaß der Kriegsverbrechen, die von den SS-Einsatztruppen und der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion verübt worden sind, ist mir in den letzten 10 Jahren durch das Studium von Artikeln und Büchern bestimmter Historiker bewußt geworden.

Der Historiker Ernst Nolte hat den deutschen Überfall auf die Sowjetunion als den „ungeheuerlichsten Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg der modernen Geschichte“

Krieg zum Opfer gefallen. Das bedeutet, daß jeder zehnte Bürger der Sowjetunion in diesem Krieg umgekommen ist.

„Verbrannte Erde“

Zu Beginn des Krieges wurden von der deutschen Wehrmacht „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ erlassen. Sie verlangten vom deutschen Soldaten „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jeden aktiven oder passiven Widerstands.“ In diesem Krieg wurden die völkerrechtlichen Bestimmungen für die Kriegsführung im Sinne der Haager Landkriegsordnung außer Kraft gesetzt. Der Krieg gegen die Sowjetunion bedeutete gleichzeitig den Beginn des Völkermordes gegenüber den Juden. Einsatztruppen und Mordkommandos ermordeten 2,2 Mio. sowjetische Juden. Bei einer Massenerschießung in der Schlucht von Babi Jar wurden allein am 29. und 30. September 1941 von Massenerschießungskommandos 33 771 Juden getötet.

5,7 Mio. sowjetischer Soldaten gerie-

Fortsetzung von Seite 13

seiner Sondersitzung am 14. März 1987 durch, die Konten bei der Deutschen Bank zu kündigen. Das Diakonische Werk in Hessen-Nassau und die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste folgten neben anderen inzwischen dem Beispiel des Kirchentages.

Ängstlich mauerte stattdessen, Ende März, der Rat der EKD, da er befürchtet, daß der Abbruch der Geschäftsbeziehungen „andersdenkende Gemeindeglieder diffamieren“ würde. Er möchte stattdessen, wie seit Jahren erwiesenermaßen erfolglos, weiterhin „mit allen Verantwortlichen im Gespräch bleiben“.

Kirchentag: Unüberhörbares

Signal gegen Apartheid

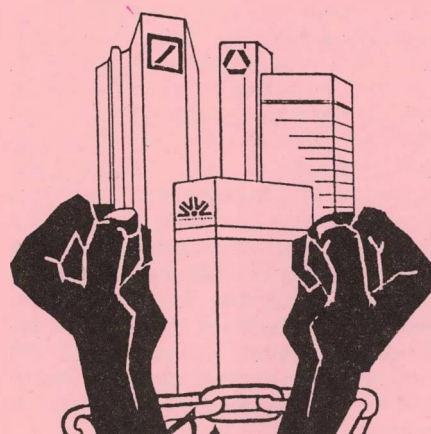
Durch Dankschreiben der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO an den Kirchentag, sowie durch Solidaritätsbekundungen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf und der Europäischen Förderkreise der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft/EDCS, sieht sich die bundesweite Kampagne bestätigt, ihr Ziel weiterzuverfolgen, während des Kirchentages in Frankfurt ein unüberhörbares Signal gegen die Apartheid zu setzen. Sie ruft deshalb auf:

- Kirchen und Christinnen und Christen, entsprechende Entscheidungen nicht länger aufzuschieben
- Banken und Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen zu Südafrika und Namibia abzubrechen
- Bundestag und Bundesregierung, umfassende und bindende Sanktionen zu verhängen.

Der vierseitige Aufruf der Kampagne kann über das Kampagne-Büro Ober-

Für Kirchentagsbesucher:

Während des Kirchentages sind am 16. Juni 1987, der elften Wiederkehr des Soweto-Tages von 1976, internationale Solidaritätsaktionen in der Innenstadt von Frankfurt geplant. Am Eröffnungstag, dem 17. Juni, findet ein „Politisches Nachtgebet“ für Südafrika statt. Donnerstags wird das Thema „Kirchentag/Kirchengelder – Südafrika/Namibia“ in dem Forum 'Südliches Afrika' auf dem Messegelände inhaltlich diskutiert. Am Freitag sollen vor den Bankhochhäusern und Bankfilialen Mahnwachen stattfinden, die auch für kleinere Aktionsgruppen eine geeignete Partizipation an der Kampagne darstellen. Die Vielzahl der nach einem Sendungsgottesdienst um 9.00 Uhr ausschwarmenden Mahngruppen kann diesem Kirchentag ein bislang unbekanntes ökumenisches, missionarisches Gepräge geben. Am 20. Juni 1987 findet dann mittags, vom Messegelände ausgehend, eine Großdemonstration statt, zu der sich im weiteren Verlauf die gleichzeitige Friedensdemonstration gesellen wird.



Fortsetzung von Seite 12

Der konziliare Prozeß - eine Verpflichtung für jeden einzelnen Christen.

Das Stichwort „Konziliarität“ erinnert an den vom ÖRK 1983 in Vancouver eingeleiteten und durch die Initiative für ein „Konzil des Friedens“ vorgebrachten „konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Im Rahmen dieses konziliaren Prozesses werden derzeit auf der Ebene unseres Landes (Ökumenisches Forum der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland), auf der Ebene der nördlichen Weltregion („Nordversammlung“) und auf Weltebene (Termin: 1990) Versammlungen der Kirchen vorbereitet. Der konziliare Prozeß hat seinen Bezugspunkt und sein Ziel freilich nicht in den verschiedenen Kirchenversammlungen. Sie sind nicht Zweck in sich selbst, sondern sollen gerade Transmissionsriemen bzw. Durchlauf-erhitzer sein. Der konziliare Prozeß beginnt und endet beim Leben, Handeln und Reden der Gemeinden und einzelnen Christen. Darum wäre es auch verfehlt, die Kräfte auf die Verabschiedung eines (im eigenen Sinne) eindeutigen Wortes durch die Versammlungen der Kirchen zu konzentrieren. Der konziliare Prozeß hat ein vordringliches Ziel erreicht, wenn es gelingt, die in den Kirchen bereits gewonnenen und bereitliegenden Einsichten in der Breite der Gemeinden heimisch und lebendig zu machen. In diesem Sinne kann er dazu helfen, die beteiligten Kirchen in stärker

„Wir wollen nicht die Sparschweine der Nation sein!“

In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 28.1.1987 wird berichtet, daß die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer (EAK) die einschlägige Praxis der Kirche, Zivildienstleistende (ZDL) als billige Arbeitskräfte, die zudem ständig erneuerbar sind, zu mißbrauchen, kritisiert.

Außerdem bescheinigt sie ihren ZDL durchgehend gute Motivation, die, in richtige Bahnen gelenkt, im Sinne der Kirche verwendet werden könnte.

Mit neuem Mut stellen wir fest, daß unsere mißliche Lage durchaus ihre Beachtung findet. Das ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, denn wir erkennen, daß wir billige, unqualifizierte Arbeitskräfte sind, deren Reservoir durch die Gesetzgebung geregelt werden kann (KDVNOG). Wir tragen dazu bei, daß ausgebildete Fachkräfte (z. B. im Pflegeberuf) nicht entsprechend eingesetzt werden können und so das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Somit unterstützen wir zwangsläufig die verschärfte Sozialpolitik, die zu einer in diesem Bereich illegitimen Kostenminimierung beiträgt.

Deshalb müssen die Rahmenbedingungen im Zivildienst grundlegend verändert werden:

- der Kriegsdienstverweigerer soll einen ergänzenden Dienst leisten, der absolut arbeitsplatzneutral sein muß.
- Unsere alltägliche Erfahrung zeigt uns, daß wir als volle Pflegekräfte oder sonstige Vollzeitkräfte eingeplant sind und als solche eingesetzt werden.
- Wenn wir versuchen unsere Rolle als KDVer konkreter darstellen zu wollen, wird an unser soziales Gewissen appelliert und wir geraten in schwierige Konflikte. Häufig spekulieren die Dienststellen schon auf diesen Konflikt um ihre eigene schwierige ökonomische Situation zu verbessern. Wir wollen nicht die Sparschweine der Nation sein!
- Anerkennung der Motive der Kriegsdienstverweigerer auch innerhalb des Dienstes. Wir befinden uns momentan in dem Konflikt, zwar eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben, aber in militärähnliche Strukturen eingebunden zu sein (Befehlsstruktur, Disziplinarmaßnahmen, Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte) und keine direkte Verbindung zu unserer KDV zu sehen.
- Zivildienst muß Dienst am Frieden sein, d. h. an den Ursachen von Krieg und sozialer Ungerechtigkeit in der Arbeit anzusetzen.
- Der Zivildienst darf die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten.
- Leistungen der Zivildienstleistenden dürfen nicht abgerechnet werden und zur Gelderwirtschaftung benutzt werden.
- In verschiedenen Dienststellen vereinzelte ZDL müssen die Möglichkeit zum regelmäßigen Austausch mit anderen ZDL erhalten (Lehrgänge, wöchentliche Treffen, etc.).

Wir als ZDL im Bereich der Institution Kirche sind besonders daran interessiert, daß die von der Kirche selbst aufgestellten Ansprüche an den Zivildienst als einen „Sozialen Friedensdienst“ endlich überall und nicht mehr nur in Einzelmodellversuchen verwirklicht werden.

Wir sind der Meinung, daß die von uns und anderen Gruppen in der Kirche geforderten Rahmenbedingungen diskutierbar und durchsetzbar sind – daß also eine Konfliktfähigkeit besteht –, aber aufgrund anderer (finanzieller?) Überlegungen eine Konfliktbereitschaft leider nicht zu existieren scheint.

Selbstverständlich benötigen wir dazu eine weitergehende Unterstützung unserer Kollegen, die durch die alltägliche Arbeit in unbefriedigenden Dienststellen im Alltag zerrieben werden.

Es ist zwingend notwendig, daß jetzt Veränderungen angegangen werden, denn wir wollen nicht mit billigen Versprechungen auf die Zukunft vertröstet werden!!

22 Zivildienstleistende eines Begleitseminars in der Bildungsstätte Haus Husen, Dortmund-Hohensyburg

WUB Nr. 1/87, „Zivis als Jobkiller“

Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel „Zivis als Jobkiller“ in der letzten Ausgabe gelesen. Da wir in unserer Dienststelle schon des öfteren mit dieser Thematik konfrontiert wurden, möchte ich dazu ein paar Gedanken loswerden:

1) Ich habe den Eindruck, daß Zivis überwiegend auf solchen Stellen eingesetzt werden, wo es von vorneherein zwar keine offenen Planstellen gibt, aber viel zu wenig hauptamtliche Mitarbeiter (DRK, ASB, viele Heime und Krankenhäuser).

2) Daher werden ZDLs oft mit Aufgaben betraut, die sie gar nicht ausführen dürften, wie med. Versorgung und pädagogische Maßnahmen und tragen oft die Hauptlast der anfallenden Arbeit.

3) Allerdings ist es nun so, daß viele Zivis enttäuscht oder unzufrieden mit ihrer Arbeit wären, dürften sie nur Handlangerjobs ausführen. Und in dem Punkt sind wir alle schnell von diesem Sozialstaat zu mißbrauchen. Denn ohne ZDLs könnte er kaum mehr existieren.

Uwe Fredrich
Vertrauens-ZDL, Heilbronn

WUB Nr. 4/86, „Wir brauchen Kommunikation“, WUB-Gespräch mit Hermann Schäufele.

Liebe Leute von der WUB!
Als Ex-ZDL (bis 1/85) halte ich mich durch eure Zeitung auf dem laufenden was Friedenspolitik und KDV betrifft. Mit Interesse las ich in der Dezember-Ausgabe das Interview mit Hermann Schäufele. Dabei fiel mir wieder ein, daß schon im Einführungskurs des Diak. Werkes und in einer späteren Rüstzeit das fehlende politische KDV-

Bewußtsein beklagt wurde. Ein Vorschlag, der damals gemacht wurde, um die 500 000 KDVer deutlich zu machen, war das Kennzeichnen durch einen Sticker, Aufkleber o. ä. Wenn viele, vor allem ältere (die es überraschenderweise öfter in meinem Bekanntenkreis gibt als ich mal angenommen hatte) dieses Zeichen tatsächlich auch tragen, wäre sicher sowohl das eigene Bewußtsein, als auch die öffentliche Wirkung stärker. Sicher ist Euch diese Idee nicht unbekannt – wie wärs mit einem Entwurfswettbewerb über die WUB?

Ansonsten seid Ihr durch die neue Aufmachung zwar professioneller aber auch lesefreundlicher geworden – solange das am Niveau nichts ändert, ist das ein großer Vorteil.

Viel Spaß und Erfolg
bei Eurer Arbeit!
Marcus Schunk, Hausen/Zaber

Euer Interview mit Pfarrer Hermann Schäufele hat mich sehr nachdenklich gemacht. Vorausgegangen war, daß ich in meiner näheren Umgebung versucht hatte, Kontakt zu ZDLs anderer Dienststellen zu knüpfen: Die Resonanz jedoch war erbärmlich gering.

Tatsache ist, daß unsere Gesellschaft in den letzten Jahren in bestimmten Bereichen eine Entpolitisierung erfahren hat. So sind die Schulen, in denen in der Mitte der siebziger Jahre eine Fülle politischer Aktivitäten zu verzeichnen war, weitgehend ruhig geworden. Gleichzeitig trifft man auf immer mehr KDVer, die „ihre“ Verweigerung als ganz persönliche Sache betrachten. Sie verbinden damit keinerlei politische oder gesellschaftliche Zielsetzung.

Weiterhin sind unsere Kräfte zersplittert. Wir haben ein Bundesamt, das uns verwaltet, aber keine Organisation, die unsere Interessen vertritt.

Was Not tut, ist in erster Linie etwas, das tatsächlich zunächst jeden ganz persönlich betrifft: Wir brauchen ein neues Selbstverständnis; wir müssen uns zunächst als KDVer mit klaren friedenspolitischen Ideen sehen, erst dann als ZDL im sozialen oder gemeinnützigen Dienst. Des weiteren zweifellos sinnvoll wäre eine Organisation, die einen Großteil aller KDVer umfassen würde. Es gäbe so endlich die Möglichkeit, auf Entscheidungen, die uns alle betreffen, von einem machtvollen Standpunkt aus und im Namen vieler Stellung zu nehmen.

Sicherlich gibt es viele Wege, „Unsere Sache“ neu zu beleben. Bei mir selbst sind im Moment mehr Fragen als Antworten, mehr Resignation als Aktivität. Ich hoffe auf WUB; vielleicht kann von hier aus ein neues Nachdenken ausgehen.

In dieser Hoffnung
Tschüß, KDV und ZDL
Christian Härtel, Schluchsee

UNTERWEGS

Im Juni 1987 ist in Frankfurt am Main zum dritten Mal der Deutsche Evangelische Kirchentag. Zu der Zeit haben hier gerade die Sommerferien angefangen, und einige mögliche Gastgeber sitzen bereits am Mittelmeer oder im Allgäu. Es werden aber bestimmt auch viele gerade wegen des Kirchentages in der Stadt bleiben und sich ins Gespräch bringen.

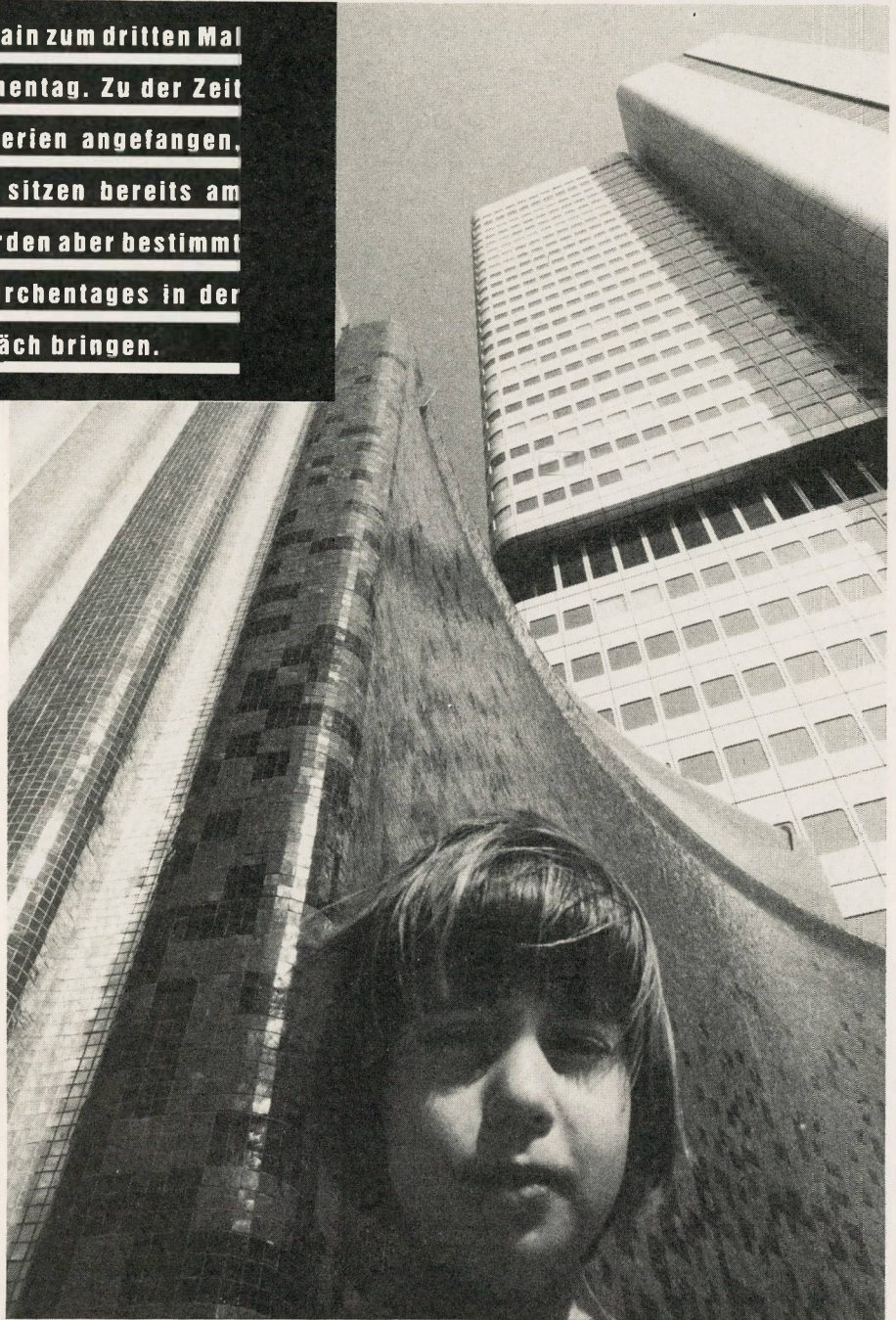
Das erste, was du siehst, und auch das letzte, wenn du gehst: ein dünner, langer Turm, über 300 Meter hoch. Frankfurts Fernmeldeturm, höchstes Bauwerk der Republik. Und drunter die Hochhäuser der Banken. Frankfurt hat eine echte 'skyline'. Bankfurt und Mainhattan sagen die einen schon. Anderen scheint Frankfurt angemessener. Jedenfalls will vielen das „Frank-“ so frei nicht mehr über die Lippen gehen. und „frank“, so weiß mein Lexikon, steht für „gerade, offen, frei“...

Natürlich schwingt Stolz mit, wenn einer die Kühnheit hat, die Stadt am Main nicht nur in einem Atemzug, sondern sogar im selben Wort mit New Yorks ältestem Stadtteil Manhattan zu nennen. Es ist diese Art von „Wir sind wieder wer“-Gefühl, das die Hochhausfront als Symbol von Macht und Bedeutung genießt. Die funktionale Glas- und Metall-Architektur läßt nicht wenige Frankfurter sich in die Brust werfen.

Und damit die Frankfurter das alles aushalten, gibt es Kontrapunkte: Rekonstruierte Fachwerkfassaden auf dem Römerberg, die wieder herausgeputzte Gründerzeit-Oper, das Museumsufer auf Sachsenhäuser Mainseite. Es ist ein gewaltiges städtebauliches Konzept, das flanierfreundliche Boulevards, Brunnenanlagen, Altstadtatmosphäre und Hochhausniveau in einem sehen will.

Jedoch Bürger und Planer geraten immer häufiger in heftigen Dissens. Während die einen Bundesgartenschau und Olympia gar an den Main laden, leiden die anderen an ganz alltäglichen Unzulänglichkeiten.

Auch 1986 war ein Jahr der Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Planern. Da ging es um die Straßenbahn, die im Innenstadtbereich der U-Bahn weichen sollte. Die Straßenbahnbenutzer, vor allem die älteren, wollten sie behalten, die Kommunalregierung wollte sie weg haben. Solche Differenzen sind ja nicht ungewöhnlich im parlamentarischen System einer so großen Stadt.



Verkehr und Wirtschaft sind jedoch nur eine Hälfte dieser vitalen Metropole. Auf der anderen Seite findet sich in Frankfurt ein ausgeprägter Sinn für Tradition, Kunst und Kultur. Die Stadtgeschichte reicht bis ins frühe Mittelalter zurück. Hier wurden einst die deutschen Könige und Kaiser gekrönt. Hier erblickte Goethe das Licht der Welt. Und hier konstituierte sich das erste deutsche Parlament. Doch hat sich die alte freie Reichsstadt niemals auf ihren historischen Lorbeeren ausgeruht.

(Verkehrsamt Frankfurt)

Fotos: H.-G. Berg - ton- und bildstelle Frankfurt



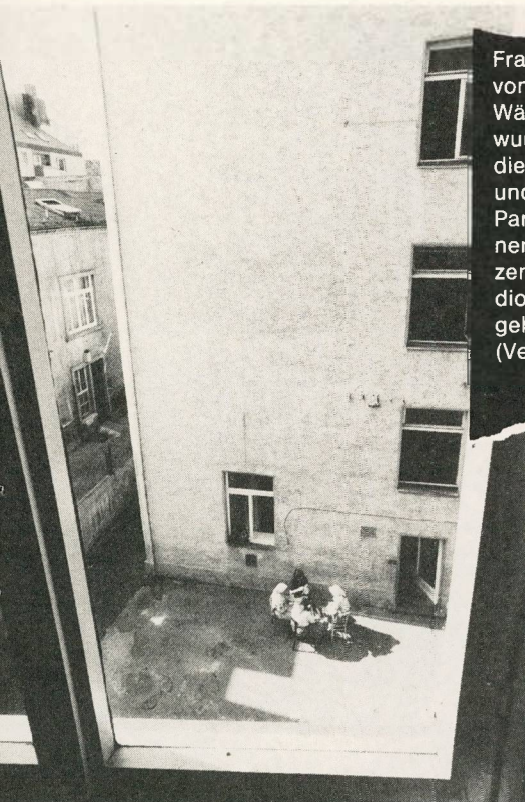
Frankfurt: Großstadt im Herzen Deutschlands. City im Zentrum Europas. An dieser Stadt kommt niemand vorbei. Dafür sorgt schon die verkehrsgünstige Lage der dynamischen Main-Metropole. Mit dem größten Flughafen, dem wichtigsten Bahnhof und dem verkehrsreichsten Autobahnkreuz Mitteleuropas. (Verkehrsamt Frankfurt)

Ungewöhnlich hierbei ist allerdings die formulierte Erkenntnis der Bürger, wiederum: vieler älterer Bürger, die resümieren: die schienenfreie Innenstadt, die Hochhauspolitik, die Plätscherbrunnchen am Kunstboulevard, alle machen uns objektiv das Leben hier schwer und schwerer und unmöglich. Wir können weder 6 Mark 20 für ein Kännchen Kaffee bezahlen noch eine Quadratmetermiete von 10 Mark aufbringen. Wir schaffen die Treppe zur U-Bahn runter nicht und nicht rauf. Wir haben Angst - und wir wissen: zu Recht! - daß uns in der B- oder C-Ebene die Tasche geklaut wird. Während wir früher wußten, wo wir waren, fehlt uns jetzt jede Orientierung an den Stationen in der Tiefe. Und „Laßt unsere Stra-

ßenbahn oben, unter die Erde kommen wir noch früh genug!“

Die Frankfurter Alten sind die interessantesten Gesprächspartner. Nicht nur, weil es sie als originellen Typ gäbe. Es ist die Menge der gelebten Wirklichkeit in dieser Stadt, die ihr Urteil geformt und ihren Blick geschärft hat. Und das macht sie oft zu gnadenlosen Kommentatoren.

Ich treffe sie kaum noch in der Innenstadt. Die berühmte „Freßgass“ bietet keine erschwingliche Hausmannskost mehr. Und auch an mancher anderen Einkaufsecke hat - wie in vielen Städten - der leise Wechsel vom Gemüseladen zur Boutique, von Tante Emma zu MacDonald stattgefunden.



Frankfurt ist eine grüne Stadt. Ein Anlagenring von 5 km Länge, der anstelle der geschleiften Wälle der alten Stadtbefestigung geschaffen wurde, umschließt die Innenstadt. Das „Nizza“, die schöne Mainpromenade mit exotischer und einheimischer Vegetation, viele gepflegte Parks und der riesige Stadtwald mit seiner vielfältigen Tierwelt, Spielplätzen, Sport- und Schwimmstadion, laden zum Spazierengehen und Entspannen ein. (Verkehrsamt Frankfurt)

Was erzählt ein Frankfurter über seine Stadt? Soll er seine Lieblingskneipe nennen oder das kleine alternative Kino? Darf er die 18 Mio. jährlichen Flugpassagiere unterschlagen oder die Kriminalitätsrate? Muß er klagen oder loben und wenn, worüber, wen und weswegen? Das Leben ist in Frankfurt - mehr noch vielleicht als in anderen Städten - ein Leben in Widersprüchen. Unvollständig, zufällig und irgendwie ungenügend bleibt der Bericht darüber immer.

Die Kleinmarkthalle - nicht weit von der Hauptwache - gibt es noch, Gott sei Dank. Hier kaufen auch die „normalen“ Leute noch ein, die Hausfrauen und Rentner, Studenten und viele, deren Koch- und Eßkultur in anderen Breiten geprägt wurde.

Frankfurt ist Heimat für viele Menschen. Rund ein Viertel der 600 000 Einwohner hat keine deutsche Nationalität. Und im Vergleich der Superlative liegt die Stadt damit noch vor West-Berlin. In den Grundschulen hinterm Bahnhof gibt es Klassen ohne einen deutschen Schüler.

Nur wenige sehen die Ausländer als Chance und Bereicherung. Wenn ihr Anteil in einem Wohngebiet „zu groß“ wird, ziehen die deutschen Bewohner aus. Zumindest die, die es sich leisten können. Ghettos entstehen.

Ein große Gruppe ausländischer Mitbürger ist gleich von Anfang an im selbstgewählten Ghetto geblieben: Die US-Amerikaner, die als Soldaten oder Soldaten-Angehörige in Frankfurt stationiert sind, haben ihre Housing-areas an verschiedenen Ecken der Stadt. Im ehemaligen IG-Farben-Verwaltungsbau am Grünebergpark verwalten sie nun „Sicherheit durch Stärke“.

Nur für eine Minderheit ist die militärische Dauerpräsenz eine Provokation. Daß vor wenigen Jahren beim „Schau-Fliegen“ ein Frankfurter Pfarrer mit seiner ganzen Familie von einer abstürzenden kanadischen Militärmaschine getötet wurde, hat das Publikumsinteresse bei der nächstjährigen Veranstaltung nicht beeinträchtigt.

Außer amerikanischen Soldaten gibt es auch deutsche Bunker in Frankfurt. Einer nennt sich jetzt „Friedensbunker“ und liegt in Bornheim, einem auch ohnedies beliebten und interessanten Stadtteil. Der Friedensbunker ist unter anderem auch Sitz des cfd, ausgeschrieben: Christlicher Friedensdienst, und die deutsche Sektion dieser alten internationalen Friedensorganisation hat hier ihr Verwaltungszentrum. (Andere Frankfurter Bunker hat der Bundesverband für den Selbstschutz wieder als Bombenbunker renoviert. So tun viele Leute in dieser Stadt was für's Überleben...)

Wer im Juni 1987 nach Frankfurt fährt, wird erfahren, daß es viele Menschen hier gibt, die gerne in dieser Stadt leben. In allen Widersprüchen und Ungereimtheiten. Menschen, die finden, daß es sich lohnt, gerade hier aktiv und lebendig zu sein.

Helwig Cornelius Wegner

Militärdekan widerspricht seinem Amtskollegen

Kiel. Die „Aufrechterhaltung“ der Truppenstärke der Bundeswehr ist nach Meinung des evangelischen Militärdekan im Wehrbereich I (Hamburg und Schleswig-Holstein), Helge Adolphsen, nicht Sache der Militärseelsorge. Er widersprach damit am 13. Februar in Kiel dem Militärdekan im benachbarten Wehrbereich II (Niedersachsen und Bremen), Ulrich Jung, der sich in einem Zeitungsbeitrag für den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr ausgesprochen hatte. Jung äußerte darin die Auffassung, daß die Bundeswehr freiwillig dienende Frauen brauche, „um bei den geburtenschwachen Jahrgängen den zahlenmäßigen Umfang der Armee halten zu können.“

Adolphsen sagte auf Anfrage, Aufgabe der Militärseelsorge sei es vielmehr, in Rüstzeiten und Seminaren über das „vielfach sehr emotionsgeladene Thema Frauen in der Bundeswehr“ so sachlich wie möglich zu diskutieren. Der Wehrbereichsdekan will dazu Soldaten und Zivilbürger, Gegner und Befürworter an einen Tisch bringen. Das Problem, wie die Truppenstärke von insgesamt 495 000 Mann auch in den 90er Jahren gehalten werden könne, sei „allein Sache der politischen Führung“.

(aus: evangelische Informationen 8/87) ■

ZDL dürfen nur behinderte Kinder betreuen

Bundesamt für Zivildienst entzieht Kurheim Anerkennung

Nicht behinderte und behinderte Kinder dürfen von Zivildienstleistenden nicht in einer Gruppe betreut werden. Mit dieser Begründung hat das Bundesamt für den Zivildienst dem Kurheim Haus Münstertal in der Schwarzwaldgemeinde Staufen die Anerkennung als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes entzogen.

Grund: Das Bundesamt müsse sich als „direkte Vorgabe“ an eine Vereinbarung der Kultus- und Sozialminister der Länder halten, nach der Zivildienstleistende grundsätzlich nur mit behinderten Kindern arbeiten dürfen. Das fragliche Heim sei zuvor mehrfach darauf hingewiesen worden, daß diese Art der Betreuung unzulässig sei.

Der deutsche Arbeitskreis für Familienhilfe im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem das Haus Münstertal untersteht, hat die Regelung als „sinnwidrig“ bezeichnet. Gerade für behinderte Menschen sei es wichtig, daß sie wie selbstverständlich



aus: taz

zusammen mit Nichtbehinderten leben können, hieß es in einem in Kirchzarten veröffentlichten offenen Brief an Gesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU).

Der zuständige Referatsleiter im Bonner Familienministerium:

Das Verbot einer gemeinsamen Betreuung von Behinderten und Nichtbehinderten sei damit zu rechtfertigen, daß Zivildienstleistende in der Regel nicht ausreichend vorgebildet seien. Zivildienstleistende würden dort nicht eingesetzt, wo der Arbeitsmarkt pädagogisch vorgebildete Kräfte anbieten könne.

Der Münchner „Verein zur Förderung der Emanzipation und Integration Behinderter und Nichtbehinderter“ nimmt dazu in eine Leserbrief in der TAZ (22.4.) Stellung:

Unserer Ansicht nach wird durch solche bürokratische Bestimmungen die Integration Behinderter erschwert, wenn nicht gar verhindert. Zugleich wird dadurch auch deutlich, welchen Stellenwert integrative Behindertenhilfe in der BRD hat. Damit werden auch alle Initiativen, die sich für Integration einsetzen, diskriminiert - deren Arbeit abgewertet.

Vergessen scheinen Empfehlungen aus dem Jahre 1981: „Gesellschaftliche Eingliederung für behinderte Menschen muß bewirken, daß sie auf der Grundlage der Chancengleichheit in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden und sich daran beteiligen können. Sie muß als ein übergreifendes Ziel alle Bürger, staatliche und kommunale Organe sowie private Institutionen verpflichten.“ (Empfehlung der Nationalen Kommission zum Internationalen Jahr der Behinderten 1981, S. 39).

Dadurch, daß das Bundesamt für Zivildienst die erwähnten Vereinbarungen bejaht, trägt es auch zu den Aussonderungstendenzen behinderter Menschen bei. ■

Zivildienstleistender zu den Soldaten gerufen

Von Martin Lüneburg, Marburg.

Mit einem Aprilscherz des Marburger Kreiswehrratsamtes (KWEA) komme die illegale Sammlung der Daten von Kriegsdienstverweigerern durch die Bundeswehr ans Licht. So bewertet die Selbstorganisation der ZDL die kuriose Einberufung des anerkannten KDV Thomas Fischer zum Grundwehrdienst. Nach 19 Monaten Zivildienst in der individuellen Schwerbehindertenbetreuung wurde er dem Aufklärungsbataillon 23 in der Herrenwaldskaserne in Stadallendorf (Hessen) zugeteilt. „Als konsequenter Kriegsdienstverweigerer“ müsse er mitteilen, schrieb Fischer ans KWEA Marburg zurück, „daß ich der Aufforderung nicht nachkommen kann“. Auch sein derzeitiger Arbeitgeber sei mit seinem vorzeitigen und überraschenden Ausstieg aus dem Arbeitsverhältnis nicht einverstanden. Wolfgang Fett, Sachgebietsleiter beim KWEA Marburg stellte klar, „daß der Einberufungsbescheid kein Aprilscherz ist“, mit der Einberufung zur Bundeswehr treibe man keine Scherze. „Nach Aktenlage gehen wir davon aus, daß Herr Fischer ab 1.4. Soldat ist“, hieß es, bis sich die Einberufung des KDV als „Verwechslung mit einem Wehrpflichtigen gleichen Namens“ herausstellte. Beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz führte Dr. Werner Schmidt den Vorfall auf „mehrfache Pannen im teilautomatisierten Datenaustausch der Bundeswehrverwaltung mit dem Bundesamt für den Zivildienst“ zurück, obwohl „so etwas eigentlich nicht vorkommen darf. Wir werden der Sache nachgehen“, stellte er in Aussicht. Pastor Finckh von der Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV, Bremen, wurde deutlicher: „Das Gesetz schreibt vor, daß bei KDV-Neuanträgen die gesamten Akten vom zuständigen Kreiswehrratsamt an das Bundesamt für den Zivildienst abzugeben sind. Wenn das KWEA Bayreuth nach dem Umzug von Thomas Fischer die Akte an das KWEA Marburg weitergegeben hat - und nur dann konnte das KWEA Marburg Fischer einberufen - muß es sich ein Duplikat erstellt haben, und das ist in jeder Hinsicht gesetzwidrig.“ Für die SO der ZDL beweist die 'Panne' „den schon seit langem bestehenden Verdacht, daß die Daten von Kriegsdienstverweigerern bei der Bundeswehr gespeichert sind, bereitstehen für den Gebrauch im Ernstfall.“ ■

Auch die Sache mit dem Essen wird für ZDLs im Leitfaden geregelt. Da steht allerdings nichts über die Zutaten drin oder die Gangfolge, nichts von Dinner, Lunch oder Souper – da heißt das einfach „Verpflegung“. Und die muß – Zitat –: „Eine der Schwere der Tätigkeit an der Dienststelle angemessenen Gehalt an Joule (früher „Kalorien“) aufweisen.“ Was sonst noch wichtig ist haben wir hier zusammengefaßt:

Gemäß Leitfaden F6 besteht der allgemein geltende Grundsatz der sogenannten unentgeltlichen „Gemeinschaftsverpflegung“ für alle Zivildienstleistenden. Konkret heißt dies, daß die Beschäftigungsstelle die Verpflegung in natura gewährt, wobei es unerheblich ist, ob diese über einen eigenen Küchenbetrieb oder über entsprechende Verträge mit Dritten sichergestellt wird. Nach Art und Umfang hat sich die Verpflegung an den allgemein geltenden Normen für Verpflegungsleistungen in vergleichbaren Situationen zu richten und umfaßt Frühstück, Mittag- und Abendessen.

In bestimmten Situationen kann der Zivildienstleistende von der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung freigestellt werden. Die Beschreibung dieser Fälle muß jedoch auch die Wohnsituation der Zivildienstleistenden (hier: „Wohnen in der dienstlichen Unterkunft oder Vorliegen einer sog. Heimschlaferlaubnis“) berücksichtigen. Deshalb gliedern sich die nachfolgenden Darstellungen nach diesen Kriterien.

Unabhängig davon erhält jeder Zivildienstleistende gleichermaßen den doppelten Wertansatz für die Verpflegung von DM 10,00 für die Dauer des Erholungsurlaubes (einschl. der Wochenenden) gemäß Leitfaden F6 Ziffer 1.

I. Dienstliche Unterkunft ist angeordnet:

A. In den folgenden Fällen sind die Zivildienstleistenden von der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung befreit:

- Sonderurlaub unter Belassung der Geld- und Sachbezüge (E 5)
- Dienstbefreiung (auch allg. Dienstbefreiung an Weihnachten usw.)
- genehmigter Aufenthalt am Heimatort (bei Erkrankung)
- Teilnahme an Rüstzeiten u. ä.

Darüber hinaus können sich die Zivildienstleistenden an arbeitsfreien Tagen (Wochenenden, Überstundenausgleich, Feiertage) ganz oder teilweise von der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung befreien lassen.

Bei einer teilweisen Befreiung von

Essen wie Zivis in Deutschland

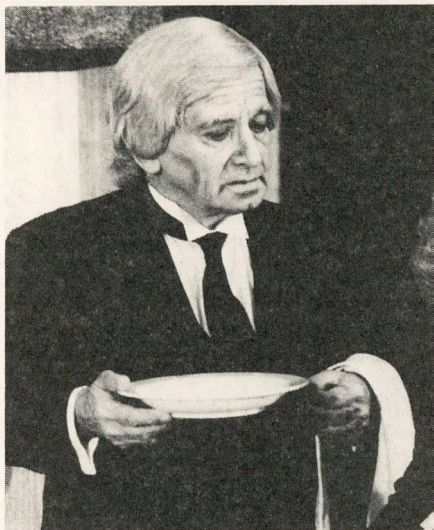


Foto: teutopress

der Gemeinschaftsverpflegung erhält der Zivildienstleistende folgende Teilbeträge des Verpflegungsgeldes:

- für das Frühstück DM 1.25
- für das Mittagessen DM 2.10
- für das Abendessen DM 1.65

In den vorgenannten Fällen einer ganztägigen Befreiung von der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung erhält der Zivildienstleistende ein Verpflegungsgeld von DM 5,00. Auf die weniger praxisrelevanten Detailregelungen (z. B. bei einer stundenweisen Dienstbefreiung oder bei einer Untersuchungshaft des Zivildienstleistenden) wird hier nicht eingegangen.

B. Ansonsten ist Zivildienstleistenden, denen die Beschäftigungsstelle dienstliche Unterkunft gewährt, (auch im Schichtdienst) zuzumuten, an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen.

Eine Einschränkung erfährt dieser Grundsatz, wenn die Teilnahme an einer bestimmten Mahlzeit der Gemeinschaftsverpflegung im Schicht- oder Nachtdienst unmöglich ist. Dann muß dem Zivildienstleistenden die entsprechende Entschädigung ausgezahlt werden:

- für das fehlende Frühstück DM 2.50
- für's fehlende Mittagessen DM 4.20
- für's fehlende Abendessen DM 3.30

Darüber hinaus erhalten Zivildienstleistende, die in regelmäßigen Abständen nach einer bestimmten Schichteinteilung im Nachtdienst eingesetzt sind und in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr mindestens zwei Stunden Dienst leisten, eine besondere Verpflegung (z. B. als Zwischenmahlzeit, Erfrischungstrank oder Obst.)

II. Dienstliche Unterkunft ist nicht angeordnet

Auch hier gelten die Bestimmungen für die unter IA. (siehe oben) genannten Fälle der Befreiung von der Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung, d. h., für diese Zeiten besteht nur ein Anspruch auf das Verpflegungsgeld in Höhe von DM 5,00 täglich. „Für die Tage, für die dem Zivildienstleistenden dem Grunde nach eine Verpflegung in natura zusteht“, gelten folgende Grundsätze:

1. Gemeinschaftsverpflegung kann gewährt werden:

Obleich auch Heimschläfer grundsätzlich verpflichtet sind, an einer vorhandenen Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen, kann ihnen nicht zugemutet werden, z. B. „morgens nüchtern in der Beschäftigungsstelle zu erscheinen, um erst dort zu frühstücken“.

„Auch das Warten auf eine nach Dienstschiuß mögliche reguläre Essensausgabe ist den sog. Heimschläfern in der Regel nicht zumutbar. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die reguläre Essensausgabe in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Beginn oder Ende der Arbeitszeit oder der Pausen steht.“

In den vorgenannten und anderen Fällen der Unzumutbarkeit (siehe Leitfaden F6 Ziffer 8.3) ist die Beschäftigungsstelle verpflichtet, für die entsprechende(n) Mahlzeit(en) die oben genannte Entschädigung auszuzahlen. Konkret bedeutet dies, daß an sog. arbeitsfreien Tagen (Wochenenden, Feiertage, Überstundenabgeltung) die Zivildienstleistenden immer dann einen Anspruch auf die Entschädigung haben, wenn „die Stelle, an der die Gemeinschaftsverpflegung gereicht wird“, mehr als 3 km von der Wohnung entfernt liegt, für die die Heimschlaferlaubnis erteilt wurde. Dies trifft auch auf jene Beschäftigungsstellen zu, die nur teilweise eine Gemeinschaftsverpflegung zur Verfügung stellen können. Für die nicht bereitstellbaren Mahlzeiten bzw. bei Unzumutbarkeit, müssen die entsprechenden Entschädigungen (s. o.) gezahlt werden.

2. Es kann keine Gemeinschaftsverpflegung gewährt werden:

Wenn eine Beschäftigungsstelle keine Gemeinschaftsverpflegung bereitstellen kann, so ist eine Selbstverpflegung des Zivildienstleistenden zulässig, wenn dieser damit einverstanden ist. In diesem Fall hat er Anspruch auf eine

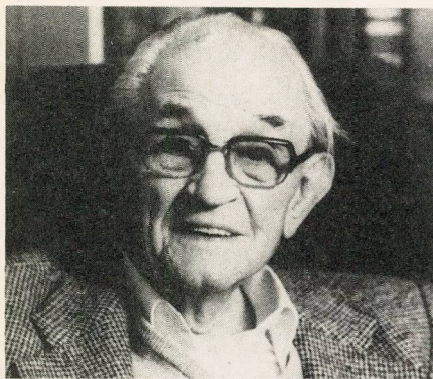
Entschädigung von täglich DM 10.00

Darmstadt, im April 1987

Gerhard Hoffmann

FILM

Martin Niemöller: „Was, wenn Hitler die Bombe gehabt hätte?“ Foto: Matthias-Film



**Ein Protestant erzählt sein Leben
„Was würde Jesus dazu sagen?“
Film über Martin Niemöller**

Von Beatrix Geisel

Vom Kaiser handschriftlich gelobter U-Boot-Kommandant, Landarbeiter, evangelischer Pfarrer, jahrelang Nazi-Mitläufer, dann wegen „Kanzelmißbrauchs“ als „persönlicher Gefangener des Führers“ ins KZ eingeliefert, nach dem Krieg umstrittener Kirchenmann, in der Adenauer-Ära als „Handlanger Moskaus“ diffamiert, von Strauß als „nicht mehr ernst zu nehmen“ abqualifiziert, von Herbert Wehner zum „politischen Niemand“ erklärt, und schließlich, im hohen Alter, Vaterfigur und Hoffnungsträger der Friedensbewegung: Stationen eines 92-jährigen Lebens, „so eindringlich, unvorstellbar und packend zugleich, daß wohl kaum ein Autor je gewagt hätte, eine solche Geschichte zu erfinden.“

Die Rede ist von Martin Niemöller, und das Resümee stammt von zwei Männern aus der Generation der „Nach-Nachgeborenen“, die sich drei Jahre lang mit diesem Lebensweg beschäftigt haben. Die beiden Darmstädter Dokumentaristen Hannes Karnick und Wolfgang Richter haben versucht, ihm gerecht zu werden. Ihr abendfüllender Film „Was würde Jesus dazu sagen?“ wurde bei der Internationalen Filmwoche in Mannheim uraufgeführt.

Die beiden Filmemacher montierten Sequenzen aus den vielen Gesprächen, die sie in den letzten zwei Jahren vor Niemöllers Tod aufgezeichnet haben, mit zum Teil wenig bekanntem Wochenschau-Material, Fotos, Briefen, Zeitungsartikeln und anderen Zeitdokumenten. „Man kann die Menschen nicht verstehen, wenn man ihre Zeit nicht versteht“, lautet einer der eher unauffälligen, leicht überhörbaren Sätze des (auch mit über 90 noch) Querdenkers und Quersprechers. Die Filmemacher haben ihn ernst genommen. Sie konstruierten die fast 100 Jahre umfassende, historische Kulisse, die Niemöllers selbstkritische Reflexionen brau-

chen, um in ihrer vollen Tragweite nachvollzogen werden zu können.

Es gehört zu den Vorzügen des von ihnen gezeichneten Porträts, daß die Widersprüche in der Person und im Leben Niemöllers nicht geglättet wurden. „Es gibt Leute, die ich heute wahnsinnig enttäusche“, sagt er gleich zu Beginn. Er steht dazu, daß er ein „absoluter Preuße“ geblieben ist, daß er nach dem Ersten Weltkrieg zu denen gehörte, die der „Dolchstoß“-Legende geglaubt und sie verbreitet haben; er verschweigt nicht, daß er sich bis zum Tod von Wilhelm II. an den Eid gebunden fühlte, den er als Soldat geleistet hatte, und daß er die Nazis zunächst für das kleinere Übel gehalten habe, weil auch für ihn der Kommunismus als „das Schlimmste überhaupt“ gegolten habe.

Aber er nimmt auch nichts von dem zurück, was ihn nach 1945 zum pazifistischen Buhmann gemacht und ihm den vom Bundespräsidenten Heuss erhobenen Vorwurf einer „christlich eingekleideten Demagogie“ eingetragen hat. Nachdem er bereits 1945 zwei Jahre lang vergeblich vom „unendlichen Leid“ gepredigt hatte, das die Deutschen „verschuldet“ haben, erregte 1949 ein Artikel in der „New York Herald Tribune“ – Überschrift: Niemöller for United Reich – even if it's red (Niemöller für vereinigtes Reich, auch wenn es rot ist) – einen handfesten politischen Skandal. Die eigentliche „kopernikanische Wende“ in seinem Denken bedingte aber erst ein Treffen mit den Atomphysikern Hahn, Heisenberg und Weizsäcker, die ihm die möglichen Folgen der neuen Waffentechnik vor Augen führten. „Was, wenn Hitler die Bombe gehabt hätte?“ Niemöllers Antwort auf diese selbstgestellte Frage veranlaßte ihn 1959 zu der Kasseler „Brandrede“, die darin gipfelte, daß er die Soldaten-Ausbildung als Ausbildung zum „Berufsverbrecher“ bezeichnete. „Daß ich meine Überzeugung in meinem Leben geändert habe – ich glaube nicht aus Charakterlosigkeit, sondern weil ich dazugelernt habe – dessen schäme ich mich nicht.“

Was diesem Filmporträt, das jetzt auch in der 16 mm-Version ausleihbar ist (z. B. beim Landesfilmdienst Baden-Württemberg, kostenfrei), den Stellenwert für die politische Diskussion zuweist, ist – wie schon im Fall des Films über den Gewerkschafter Willi Bleicher von Karnick/Richter („Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“) – das Beispiel eines aufrechten Ganges.

aus: Vorwärts

Verleih: Matthias-Film, Gänsheidestraße 67, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/24 05 12 und Unidoc, Braunschweiger Straße 20, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/8 38 01 47.



Abschied von Matjora

Regisseur: Elem Klimov
Spielfilm, Farbe, UDSSR 1983
Verleih: Filmverlag der Autoren

Besprochen von Isolde Mozer, Frankfurt

Elem Klimov hat seinen Film „Abschied von Matjora“ bereits vor vier Jahren beendet; danach verschwand er in den Tresoren der Staatlichen Filmkommission. Erst seit Anbruch des sowjetischen Tauwetters, das auch im kulturellen Bereich für „Transparenz“, „Umgestaltung“ und „Demokratisierung“ plädiert, werden Klimovs Filme einer größeren russischen und vor allem auch der westlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

„Es wäre töricht, sich mit Erinnerungen abzuquälen. Warum haben wir unsere Augen vorn. Um vorwärts zu ge-

hen, nicht rückwärts.“ Mit diesem Fortschrittsglauben versucht der Evakuierungsbeamte die Dorfbevölkerung von Matjora zu einer reibungslosen und termingerechten Räumung ihrer Heimat zu bewegen: Matjora soll überflutet werden, damit ein großes Elektrizitätswerk gebaut werden kann. Die staatlich festgelegte Frist bis zur Sintflut ist für die Menschen von Matjora ein überaus schmerzhafter Abschied – und ein sinnloser. Seit Generationen haben sie hier gelebt, im Einklang mit der Natur und mit sich selbst und in uralten Sitten und Gebräuchen verwurzelt.

Die Alten, vor allem Darja, eine Bäuerin in biblischem Alter, können sich mit dem Opfer für den Fortschritt nicht abfinden. Darja ahnt, daß der Mensch, wenn er sich die Erde untertan macht, an ihr frevelt. Und so geht sie in den Wald und tut Abbitte, versucht in animistischen Beschwörungsformeln die Natur sich zum Verbündeten zu machen. Und tatsächlich widersteht ein uralter, riesiger Baum den Zerstörungsversuchen der Säge, des Bulldozers, des Feuers – eine durch die Film-dramaturgie vermittelte Gewißheit, daß der Mensch in seinem Vernichtungswerk nicht unbegrenzt agieren kann.

In „Abschied von Matjora“ geht es aber nicht nur um die Bedrohung der Ökologie, sondern auch um die Zerstörung des inneren Gleichgewichts des Menschen. Darja zählt sich nicht mehr zu den Lebenden, denn „wem die Erinnerung geraubt wird, der hat auch kein Leben.“ Und so gräbt sie mit den anderen Frauen die reifen Kartoffeln aus der Erde; sie reinigt und schmückt ihr Haus wie zu einem Fest, wohl wissend, daß das Haus angezündet und mit dem Kartoffelberg und dem standhaften Baum in den Fluten untergehen wird. Darjas absurde Riten sind gegenüber der Vollzugsbürokratie machtlos; mit Maschinen und Kerosin betreibt die Evakuierungsbrigade die Säuberung des Stauseegrundes. Als erstes wird der Friedhof geräumt, dann werden die Häuser angezündet, die Bäume geschlagen, Kinder abtransportiert und das Vieh. Während eines Festes tanzen die Dorfbewohner in letztes Mal zusammen, sie sind ausgelassen und übermütig, bis Feuer und Tränen das Vergnügen jäh beenden.

In der Ersatzheimat warten starre, unmenschliche Betonkästen auf die Evakuierten; auf dem Bauschutt steht eine einsame Kuh, umringt und gestreichelt von den ehemaligen Bauern.

Darja hat mit anderen Frauen den Aussiedlungstermin immer wieder hinausgeschoben. Vor der Überflutung sollen sie nun noch abgeholt (!) werden, aber das Boot verirrt sich im Nebel: Matjora ist bereits verschwunden. ■

Brücken der Verständigung



Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion

GTBSiebenstern

Brücken der Verständigung.

Für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion hrsg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe von E. Raiser, H. Lenhard, B. Homeyer Gütersloher Taschenbücher/Siebenstern 579 DM 14,80
Besprochen von Friedhelm Schneider, Speyer

„Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenreichste Vorgang der deutschen Nachkriegsgeschichte.“ (W. Krusche, früherer Bischof von Magdeburg, 1984)

In der Tat ist es in der Öffentlichkeit kein Thema, daß dem deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion (mehr als 10% der damaligen Bevölkerung!) zum Opfer fielen. 5 bis 6 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener kamen in deutscher Gefangenschaft um. 2,2 Millionen sowjetischer Juden wurden ermordet.

Statt von deutscher Schuld gegenüber der Sowjetunion spricht man lieber von der „roten Gefahr“ oder vom kommunistischen Drang zur Weltherrschaft. Die Prankenhiebe des russischen Bären sind unberechenbar... Dieser emotionelle Antikommunismus hat eine doppelte Funktion: Zum einen hilft er, die Schatten der deutschen Vergangenheit zurückzudrängen. Zum anderen gilt: „Die totalen Waffen erfordern den totalen Feind, weil man sonst mit ihnen nicht drohen könnte, ohne sich den Vorwurf mon-

ströser Aberwitzigkeit zuzuziehen.“ (A.-A. Guha, S. 96)

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, der Verdrängung deutscher Schuld an der Sowjetunion Trauer- und Erinnerungsarbeit entgegenzusetzen; nur so kann letztlich die „Wiederholung des Unmenschlichen“ verhindert werden. (M. Mitscherlich-Nielsen, S. 115 ff.)

„Die Kirche und ihre Christen haben hier eine besondere Verpflichtung. Sie wissen, daß Versöhnung eine schwierige Aufgabe ist. Aber sie wissen auch, daß ohne sie kein Frieden ist, der mehr ist als Waffenstillstand.“ (G. Brakelmann, S. 137)

Die 22 Beiträge des Buchs gliedern sich in drei Abschnitte: Schuld erkennen – Schuld benennen/Auf dem Weg zu einer neuen Ostdenkschrift (Gedanken zur kirchlichen und politischen Aufgabe einer Versöhnung mit der Sowjetunion)/Konkretionen. Besonders betroffen gemacht haben mich die historischen Informationen zum planmäßigen „Vernichtungskampf“ gegen die sowjetische Bevölkerung (S. 23 ff., 138 ff.). Sehr eindrücklich sind im dritten Abschnitt die Aussagen von Zeitzeugen, die über die Geschichte ihres persönlichen Verhältnisses zur Sowjetunion berichten. Hier kommen Menschen zu Wort, die bei uns von Soldaten der Roten Armee mißhandelt wurden, Deutsche, die Zeugen des menschenverachtenden Umgangs mit russischen Kriegsgefangenen wurden, und – nicht zuletzt – Teilnehmer von Begegnungsfahrten in die Sowjetunion.

Ein empfehlenswertes Buch, das auch „Spätgeborene“ betroffen macht und zum Weiterdenken anregt! ■

Der profitable Krieg:

Iran - Irak



26 Seiten, DIN A4, DM 3,50

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hat eine 26-seitige Broschüre zum Golfkrieg erarbeitet „Wem nützt er, wem schadet er, wer verdient daran?“ ist die zentrale Fragestellung dieses Heftes. Beschrieben wird die Geschichte und

der Verlauf des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak, wobei insbesondere auf Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Kriegsregion eingegangen wird.

Bezug: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1 ■

»Schwarz auf Weiß«

Jörg v. Uthmann, Ex-Diplomat und derzeit Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“ in New York, hat – aus der Ferne – an Deutschland gedacht.

Herausgekommen ist dabei sein zweites Buch: „Die Sehnsucht nach dem Paradies. Zeitgemäße Anmerkungen zur deutschen Neurose.“

WUB zitiert im Folgenden wörtlich aus der 128-seitigen Diagnose und greift beispielhaft einige „Befunde“ heraus.

v. Uthmann und ...

... die Angst

Längst gehört es auf Kirchentagen und bei Veranstaltungen ähnlicher Art zum guten Ton, seine Zukunftsängste laut herauszuschreien. Wer zugibt, diese Ängste nicht zu teilen, gilt als unsensibel und reaktionär. (...) Will man den Untergangsprophezen glauben, so wird auf deutschem Boden bald kein einziger Baum mehr stehen: Die Versteppung scheint unser unausweichliches Schicksal. Was das „Waldsterben“ und die schleichende Vergiftung noch übriglassen, wird schließlich in einem von den Amerikanern entfesselten nuklearen Holocaust in Schutt und Asche sinken. (...)

... die Sehnsucht nach dem Frieden

Sekten fernöstlichen Ursprungs florieren: Nachdem Bhagwan enttarnt ist, wirft man sich mit doppelter Inbrunst Mantra in die Arme. Erschienen vor zwanzig Jahren noch Ho Tsching Minh und Fidel Castro als Wegweiser zur Befreiung der Menschheit vom Joch des Konsumterrors, so klammern sich heute die Hoffnungen der „No future“-Generation an Daniel Ortega und seine schlecht rasierten Sandinisten. (...) Wenn die Schulmedizin mit ihrem Latein am Ende ist, haben Quacksalber und Wunderdoktoren volle Wartezimmer. In der Psychologie ist dieser Rückfall vom rationalen in das magische Denken als „Regression“ bekannt. (...)

Musterbeispiel für einen derartigen Rückfall in den Infantilismus und das magische Denken primitiver Völker ist Franz Alts vielgelesene Schrift „Frieden ist möglich“. (...)

... die Bombe

(...) Wenn man schon derartige Vergleiche anstellt, dann dürfte der Tod durch eine Atombombe weitaus schmerzloser sein als durch eine Napalmbombe oder ein Dum-Dum-Geschoß. (...)

Verglichen mit den Schrecken von Verdun und Stalingrad, von Coventry und Dresden, kann man die Atombombe sogar als humanitären Fortschritt bezeichnen. (...)

Von Winnetou und Haarausfall

Zitate aus einem neuen Buch. Vom Kauf wird abgeraten.

... die Pazifisten

Viele Pazifisten – auch solche, die für den Kommunismus keine Sympathien haben – scheitert eine derartige „Finnlandisierung“ nicht weiter zu stören. Wenn man sie nur am Leben läßt, sind sie zu jedem Kompromiß bereit. Freiheit, Demokratie und Menschenwürde gelten ihnen als „quantité négligeable“, auf die man notfalls verzichtet kann. (...)

... die Theologen

Daß es ausgerechnet Theologen sind, die dem Slogan „Lieber rot als tot“ – oder wie es neuerdings heißt: „better Finnish than finished“ – das Wort reden und das nackte Überleben zum höchsten Wert erheben, läßt darauf schließen, daß es mit ihrem Glauben an die Auferstehung des Fleisches nicht zum besten steht. (...)

... die Öko-Pax-Bewegung

Pazifismus und Ökologismus – mit diesem Ausdruck wollen wir die übertriebene, neurotische Sorge um die Erhaltung der Natur bezeichnen – sind unterschiedliche Phänomene, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Die Erfahrung lehrt indes, daß beide häufig gemeinsam auftreten: Viele Anhänger der Friedensbewegung sind nicht nur auf ihren eigenen Tod, sondern auch auf das sogenannte „Waldsterben“ fixiert. Desgleichen finden wir unter den „Menschenkettchen“ vor Munitionsdepots einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz von Umweltschützern und Verfechtern „laktovegetarischer Vollwertkost“. Das beide Bewegungen umfassende Kürzel „Öko-Pax“ hat also durchaus seine Berechtigung. (...)

... die Grünen

In der Natur verwandelt sich jeden Herbst Grün in Braun. In der Geschichte des politischen Denkens, so könnte man fast meinen, ist es manchmal genau umgekehrt. (...) Während Cassandra das Unglück zwar richtig voraussah, damit aber keinen Glauben fand, ist es bei den Grünen gerade umgekehrt. (...)

... der Wald

Für die Annahme eines „Waldsterbens“ gibt es keinerlei zwingenden Grund. (...) Schadhaf ist hier offenkundig nicht der

Wald, sondern die Statistik. (...) Auch Forstfehler und Wildschäden müssen in Betracht gezogen werden. (...) Kann man einen derartigen Befund wirklich als „Waldsterben“ ausgeben? Oder handelt es sich nicht eher um den Normalzustand der Natur? Gesundheit ist ein rares Gut, das in der organischen Welt eher die Ausnahme darstellt als die Regel. (...) Eines steht fest: Eine „Menschenschadenserhebung“ oder ein Vergleich zwischen Nadel- und Haarausfall ergäbe weit beunruhigendere Resultate.

... Winnetou

„Bleichgesichter“, „Stadtteil-Indianer“, „Mescaleros“ (so hieß ein besonders kriegerischer Apachen-Stamm) – das Vokabular, mit dem sich die „drop-outs“ unserer Tage schmücken, zeigt, daß sie sich – bewußt oder instinktiv – der großen Tradition abendländischer Zivilisationsmüdigkeit verpflichtet fühlen. Gewechselt hat nur der Name des jeweils diensttuenden „guten Wilden“: Die Yariko und Montezuma, die Unkas und Winnetou von anno dazumal heißen heute Mao Tse Tung, Ho Tsching Minh, Fidel Castro, Salvador Allende und Daniel Ortega.

... Pfarrer und Lehrer

Wie kommt es, daß ausgerechnet Lehrer und protestantische Pfarrer ideologischen Modeströmungen immer wieder zum Opfer fallen? Wilhelmischer Größenwahn, Nationalsozialismus, Kommunismus, neuerdings Pazifismus und Ökologismus fanden unter ihnen besonders eifrige Parteigänger. Liegt es vielleicht daran, daß beide Berufe gewisse „déformations professionnelles“ erzeugen – beim Pfarrer Realitätsblindheit und beim Lehrer Anpassung an das infantile Denken seiner Zöglinge?

Zum Schluß: Die Zeitschrift „Capital“ druckte im Februar eine Rezension des Buches. Wir zitieren nochmal:

– Der Ex-Diplomat erweist sich auch diesmal als außerordentlich klarer und sorgfältiger Denker. Seine Virtuosität im Umgang mit der deutschen Sprache ist beispielhaft. Ein ganz ausgezeichnetes Buch also. – Von Uthmann prügelt auf niemanden ein, polemisiert nicht, gibt lediglich zu bedenken. Das macht das Buch auch für Andersdenkende lesbar. Sie werden dem Autor bescheinigen müssen: Er hat kaum einen Winkel der deutschen Seele ausgelassen.

Wer den Frieden sucht

Wer Frieden sucht,
wird den anderen suchen
wird Zuhören lernen
wird das Vergeben üben
wird das Verdammen aufgeben
wird vorgefaßte Meinungen zurücklassen
wird das Wagnis eingehen
wird an die Änderung des Menschen
glauben
wird Hoffnung wecken
wird dem anderen entgegengehen
wird zu seiner eigenen Schuld stehen
wird geduldig dranbleiben
wird selber vom Frieden Gottes leben. -
Suchen wir den Frieden?

Schalom Ben Chorin

(aus: „Begegnungen, Texte zu
Frieden und Versöhnung, Hrsg.:
Wolfgang Brinkel, Aktion Sühne-
zeichen/Friedensdienste,
Berlin 1985)



In der nächsten WUB

(erscheint im August '87, Red.-Schluß 10.7.87)

Themenschwerpunkt:
„FRIEDENSERZIEHUNG“

**z.B.: Friedenserziehung
in der Schule.**

Und:

**Neue Medien
zum Thema Zivildienst.**

Und:

Neue Kinderbücher.

Und:

Rüstzeitenbericht.

Und:

**UNTERWEGS: Mit dem Fahrrad
über die griechischen Berge.**

...

Hiermit bestelle ich wub
bis auf Widerruf.

Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,-
(4 Hefte einschl. Versand)

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung
für das laufende Kalenderjahr.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen
schriftlich beim WUB-Vertrieb, (Adresse, s. unten)
widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die
rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum
des Poststempels).

(Datum, Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.

Baden

- 14.09. – 18.09.1987 Ludwigshafen/Bodensee: Bildende Kunst. Portraitzeichnen und -malen, Masken bauen und spielen
21.09. – 25.09.1987 Neckarzimmern/Odenwald: Patriarchat und Krieg
5.10. – 9.10.1987 Andlau/Elsaß: Bâtir la paix – Begegnung mit der deutsch-französischen Geschichte
Anmeldeformulare: Kurt Kern und Theodor Ziegler, Amt für Jugendarbeit, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (07 21) 16 83 33 und 16 83 27

Bayern

- 6.07. – 10.07.1987 Falkenstein-Kastell Windsor: „W 15 – ZDL 20“ (Begegnungswoche Soldaten – Zivildienstleistende)
20.07. – 24.07.1987 Altdorf-Prackenfels: Du – ich – wir: Netzwerk Beziehungen
7.09. – 11.09.1987 Schliersee-Josefstal: Gewaltfreie Aktion
Anmeldeformulare: Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11) 43 04-238

Bremen

- 31.08. – 4.09.1987 Verden/Sachsenhain: Meine Interessen im Zivildienst
5.10. – 9.10.1987 Burlage: Das kirchliche Modell „Sozialer Friedensdienst“ – eine Alternative?
Anmeldeformulare: Pastor Ingbert Lindemann, Franzioseck 2-4, 2800 Bremen 1, Telefon (04 21) 5 59 72 49

Hessen-Nassau

- 17.06. – 21.06.1987 Frankfurt/Main, Kirchentag. Besucht unseren Stand auf dem Markt der Möglichkeiten
22.06. – 26.06.1987 Höchst/Odenwald: Kommunikation und Kooperation
31.08. – 4.09.1987 Höchst/Odenwald: Spiel und Aggression
Anmeldeformulare: Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt, Telefon (06 151) 4 40 88

Kurhessen-Waldeck

- 17.08. – 21.08.1987 Niedenstein: Einführung in die Videotechnik – Wir drehen einen Film
12.10. – 16.10.1987 Biebergemünd: Atomkraft nein danke – Verantwortung für die Zukunft
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle KDV + ZDL, Hugo-Preuß-Str. 2, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 3 50 97

Niedersachsen

- 21.09. – 25.09.1987 Bückeberg: Mahatma Gandhi. Ein Leben aus der Kraft der Gewaltfreiheit
12.10. – 17.10.1987 Bentierode: „Unser täglich Brot gib uns heute“ – Unser Brot – anderer Not?
Anmeldeformulare: Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-469/468

Nordelbien

- 14.09. – 18.09.1987 Koppelsberg: Behinderung, Leiden, Sterben – über Erfahrungen, die wir im Zivildienst machen
12.10. – 16.10.1987 Koppelsberg: Soziale Verteidigung – Alternative zum geltenden Sicherheitskonzept?
Anmeldeformulare: Pastor Martin Hennig, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (040) 25 88 81

Pfalz

- 5.10. – 9.10.1987 Andlau/Elsaß: Bâtir la paix – Begegnungen mit der deutsch-französischen Geschichte
Anmeldeformulare: Friedhelm Schneider, Marienstr. 8, 6720 Speyer, Telefon (06 23 2) 2 82 30

Rheinland

- 29.06. – 3.07.1987 Ahrdorf: „Leben“. Mit Freund/in, Frau, Kindern und auch solo, bei Selbstverpflegung
14.09. – 18.09.1987 Radevormwald: Spurensicherung – Faschismus
Anmeldeformulare: Pfr. Helmut Schlüter/Wolfgang Schürmann, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00

Westfalen

- 7.09. – 11.09.1987 Hagen-Berchum: Theater und Meditation
Anmeldeformulare: Beratungsstelle der EKvW für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (0 23 04) 75 52 30

Württemberg

- 31.08. – 4.09.1987 Beilstein: Leiden – Sterben – Tod
14.09. – 18.09.1987 Oberrotenstein: Zwischen Resignation und Hoffnung. Als ZDLer: Wer bin ich? Was bin ich?
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 62 81 49